

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4590. — **Postcheckkonto** №. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkzeitung Leipzig
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4590

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelspalte oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzverdrängung 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelspalte 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer mittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die amerikanische Präsidentenwahl.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet aus dem Haag über die amerikanische Präsidentenwahl: Harding hat neunmal mehr Stimmen im Wahlmänner-Kollegium erobert, als er für seine Majorität notwendig hätte. Es heißt, seine Mehrheit betrage 100 000 Stimmen. Damit hat er ein Ergebnis erzielt, wie es in den Vereinigten Staaten noch nie erlebt worden ist. Der Staat Ohio, in dem sowohl Cox wie Harding anlässlich waren, und der 1916 für Wilson stimmte, hat jetzt ungefähr eine Mehrheit von 100 000 Stimmen für Harding gestellt. Ebenso sind die Demokraten in Kansas geschlagen. Der demokratische Norden ist nun republikanisch. Ueber eine Million beträgt die Mehrheit für Harding in New York, 800 000 in Pennsylvania, 200 000 in Massachusetts. Harding hat ferner in Indiana, Illinois und Connecticut gesiegt. Kentucky und Tennessee bleiben demokratisch. Auch Westvirginia ist wahrscheinlich von den Demokraten erobert worden. Der Stimmenverlust der Demokraten im Süden hängt mit den dortigen Schutzollbestrebungen zusammen. In dem hauptsächlich landwirtschaftlichen Süden hat sich im Kriege eine blühende Industrie entwickelt und in New Orleans wurde dieser Tage ein großer Schutzollkongress, sogar unter Beteiligung demokratischer Parteigänger, abgehalten. Es scheint, daß auch die Republikaner in der Republik, die durch große Lohnerschöngungen nach dem Kriege schwächer geworden ist, Zusagen gemacht haben. Im allgemeinen aber wird in Amerikanisch daran gezweifelt, daß bei dem starken Exportbedürfnissen des Landes eine Tarifreform nach oben von Harding wirklich in Angriff genommen werden kann. Die Führer der amerikanischen Demokraten scheinen die Absicht zu haben, mit großer Schärfe den Kampf gegen die Republikaner fortzusetzen. Es gehen Nachrichten ein, nach denen von demokratischer Seite die Parole ausgegeben ist, daß Hardings Sieg den Sonderfrieden mit Deutschland und neue Schwierigkeiten in der Völkerverständigung bedeute.

Haag, 4. November. Nach den zuletzt eingetroffenen Nachrichten sind für Harding 374, für Cox 152 Stimmen der Wahlmänner gesichert. Eine Anzahl ist noch zweifelhaft.

Ukrainische Kommunisten gegen die Politik der russischen Kommunisten.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit meldet aus Wien: Die ausländische Gruppe der ukrainischen Kommunisten nahm in ihrer letzten Sitzung nach längerer Diskussion über den Bericht des aus der Sowjet-Union zurückgekehrten Genossen Winnitschenko eine Resolution an, in der es unter anderem heißt, daß die ukrainischen Kommunisten auch fürderhin auf der Plattform der Diktatur des Proletariats in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, sowie auf der Plattform der Reorganisation der Gesellschaft stehen. Die ausländische Gruppe betrachtet aber die gegenwärtige Politik der Sowjet-Republik und der russischen kommunistischen Partei als unvereinbar und gegensätzlich mit den Grundprinzipien des Kommunismus. Ihre Politik ist keine Politik der Diktatur des Proletariats, sondern eine Politik der Diktatur der Klasse von Kommunisten und Bürokraten, die sich ausschließlich auf die Macht der Bajonette stützt. Es ist eine Politik, die die Idee des Sozialismus unter den arbeitenden Massen des Volkes zu diskreditieren und zu vernichten geeignet ist. Das Rätesystem existiert im Grunde nicht. Es ist vernichtet und an seiner Stelle herrscht die Despotie von Kommunisten und Bürokraten. Diese Politik ergibt in der Ukraine ein Verhältnis, das den Stempel einer tatsächlichen Okkupation trägt, gegen die die ukrainische kommunistische Partei protestiert.

Für den Frieden im Osten.

Paris, 3. November. Der Allgemeine Arbeiterverband (G.A.), die sozialistische Partei und die Liga für Menschenrechte haben sich zu einer Propaganda zugunsten der Einstellung der Feindseligkeiten gegen Rußland und zur Wiederherstellung des Friedens im Orient vereinigt. Je drei Delegierte der genannten Organisationen haben nehmern die Beratungen darüber begonnen, in welcher Weise sie vorzugehen gedenken.

Die Königsmacher in Ungarn.

Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Wien wird gemeldet: Die vom Abgeordneten Stefan Kovacs in der ungarischen Nationalversammlung unternommene Aktion zur Feststellung des Kräfteverhältnisses in der Königsfrage hat bereits ein konkretes Ergebnis geliefert. Aus dem einen Schriftstück, mit dem Kovacs Unterschriften der Abgeordneten für die freie Königswahl sammelte, geht hervor, daß mehr als 2/3 der Mitglieder der Nationalversammlung für die freie Königswahl sind. 52 Mitglieder der Nationalversammlung sind als Anhänger des Erz-Königs Karl befaßt. Unter den Anhängern der freien Königswahl befinden sich auch

solche Abgeordnete, die gegen die Rückberufung König Karls nichts einzuwenden hätten, wenn seine Wiederkehr an die Bedingung geknüpft wird, daß er vorher seine Krone auf jeden anderen Thron verzichtet. Als Grundlage für die Aktion des Abgeordneten Kovacs dient die Forderung des Grafen Stefan Bethlen, der zur Forderung machte, für den Fall, daß der König auf die österreichische Kaiserkrone nicht verzichtet, daß die freie Königswahl wieder zu Recht bestände.

Pulschvorbereitungen in Magdeburg.

Magdeburg, 4. November. Die Magdeburger Volksstimme teilt mit, daß ihr im Laufe des gestrigen Vormittags von verschiedenen Seiten Nachrichten zugegangen sind, die darauf hinweisen, daß von reaktionärer Seite Ende dieser Woche ein Aufstand in Szene gesetzt werden soll. Sie veröffentlicht dazu auszugswise ein Schreiben der Technischen Rothhilfe an die pensionierten Lokomotivführer, Zugführer und andre Eisenbahnbeamte, die aufgefordert werden, sich der Technischen Rothhilfe zur Verfügung zu stellen, um den Eisenbahnverkehr aufrechtzuerhalten. Die Beamten werden weiter aufgefordert, soweit sie eigene Waffen besitzen, diese mitzubringen.

Die Ablieferung der Milchkuhe.

London, 4. November. Im Unterhause behandelte gestern ein Vertreter der Regierung offiziell, daß die Aufstellung der Wiederherstellungskommission über die Nachforderung von Milchkuhe keineswegs einen Befehl zur Ablieferung bedeute, sondern lediglich eine Verlobung gemäß dem hier in Frage kommenden Annexionsparagrafen 2 und eine Ankündigung, wann die Tiere abgeliefert werden können. Jedemfalls müßten bei der engherzigen Entscheidung auch die Bedürfnisse des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland berücksichtigt werden.

Aus dieser Erklärung geht hervor, daß in dieser Frage noch keine definitive Entscheidung getroffen ist. Offenbar ist man aber in England mit den übertriebenen französischen Forderungen nicht einverstanden.

Vom Kampf um die weltliche Schule.

Die Kölnische Zeitung meldet aus Gelsenkirchen: Vor dem Beginn der Stadtverordnetenversammlung, auf deren Tagesordnung als Hauptgegenstand die Einrichtung der weltlichen Schule stand, veranlaßten die Anhänger der weltlichen Schule Kundgebungen vor dem Rathaus. Im Sitzungssaale kam es zu aufregenden Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der Deutschen Volkspartei. Nach vierstündiger Erörterung wurden die Anträge der Linken auf sofortige Einführung der freien Schule mit 33 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Daraufhin erklärten die Mehrheitssozialisten und beide Flügel der U.S.P.D., solange den Verhandlungen fernbleiben zu wollen, bis die weltliche Schule eingeführt werde.

Ablehnung des Einigungsabkommens durch die englischen Bergarbeiter.

London, 4. November. (L. V.) Bei der Abstimmung hat die Mehrheit der englischen Bergarbeiter gegen die Annahme des mit der Regierung getroffenen Abkommens gestimmt. Da jedoch die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht im entferntesten erreicht ist, hat die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter getreten, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Gegen die Zurückhaltung deutscher Güterwagen in Polen.

Oppeln, 3. November. Von der Interalliierten Kommission sind bei der Warschauer Regierung dringende Vorstellungen auf sofortige Rücklieferung der deutschen Güterwagen aus Oberschlesien erhoben worden, die Polen in Verbindung mit den Kohlen- und anderen Transporten erhalten hätte, aber bisher für eigene und sogar für militärische Zwecke benutzte. Die Interalliierte Kommission verteilte diesen Vorstellungen dadurch Nachdruck, daß sie im Weigerungsfalle die Einstellung der Kohlenlieferungen in Aussicht stellte. Die jetzige zeitweilige Einstellung des Personenverkehrs in Polen wird in Zusammenhang gebracht mit der Freimachung von Maschinen für den Rücktransport der deutschen Güterwagen.

Von den italienischen Gemeinderatswahlen

Mailand, 3. November. (L. V.) In einigen bedeutenden Städten Italiens fanden gestern die Gemeinderatswahlen statt. In Como erlangten die Sozialisten den Sieg. Auch der Provinzialrat der Provinz Como besteht in der Mehrheit aus Sozialisten. Wie aus Bologna berichtet wird, tragen auch dort die Sozialisten einen glänzenden Sieg davon. Die Anhänger der Sozialisten soll aber seit den letzten Wahlen abgenommen haben.

Polizeiliche Besetzung Berliner Hotels.

Berlin, 4. November. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind gestern die Betriebe der Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft von Polizei besetzt worden; das Hotel Bristol, das Zentralhotel, Hotel und Café Bauer, Konditorei und Restaurant Kranzler und die Betriebe im Zoologischen Garten wurden für jeden Verkehr gesperrt; auch der telephonische Verkehr wurde unterbunden. Die Besetzung erfolgte wegen des Verdachts eines umfangreichen Schmuggelhandels des Hotelunternehmens. Im Edenhotel, das ebenfalls von der Polizei geschlossen worden ist, hat eine Prüfung der Bücher festgestellt, daß in den letzten fünf Monaten 1 1/2 Millionen Mark im Schmuggelhandel umgesetzt worden sind.

Arbeitsdienstpflicht.

Während des Krieges hat ein hoher österreichischer Offizier, der Feldmarschall-Lieutenant Kieger, einmal einen Plan ausgearbeitet, wie nach dem Kriege aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen der Militarismus umgestaltet werden müsse. Kiegers Plan lief darauf hinaus, den Militarismus auch nach der wirtschaftlichen Seite hin auszubauen. Die zum Militärdienst eingezogenen jungen Leute sollten nicht mehr nur einseitig für den eigentlichen Kriegsdienst ausgebildet werden. Vielmehr sollte Kieger die Soldaten zugleich ihrem erlernten Beruf entsprechend zu Arbeiten zur Deckung der Heeresbedürfnisse und zugleich zu allerhand öffentlichen Arbeiten heranziehen. Kieger wollte damit, wie er sagte, die Wehrmacht zur „aushaltenden und produktivsten Kraft des Vaterlandes“ machen. Daneben aber sollte das reformierte Heer auch weiter zu einer großen Drillanstalt zur Erziehung in hurrapatriotischem und nationalem Sinne weiter entwickelt werden.

Nach dem Kriege sind die Kiegerschen Gedanken mit der durch die veränderten Verhältnisse bedingten Modifikation wieder angenommen worden. Dem Militarismus sind ja durch die Friedensverträge Klauen und Flügel beschnitten worden. In einem Ausbau des Heeres nach dem Kiegerschen Plan kann deshalb heute nicht mehr gedacht werden. Man plant aber schon lange eine allgemeine Dienstpflicht zur wirtschaftlichen Ausbeutung und zur Erziehung der Jugend in nationalitären Sinne. Der Gedanke des allgemeinen Arbeitsdienstjahres ist schon oft erörtert worden, und es scheint, daß man jetzt daran gehen will, den Plan zu verwirklichen. In seiner letzten Rede im Reichstag hat der Reichsfinanzminister Dr. Wirth bereits ziemlich bestimmt erklärt: „Ein allgemeines Dienstjahr wird in Folge des Diktates in Versailles auf die Dauer nicht umgangen werden können.“ Fröhlich hatte der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz die gleiche Frage erörtert.

Beranlaßt durch die Wirthsche Rede hat ein Vertreter der Nationalzeitung nähere Erörterungen über die Bemerkung des Ministers eingezogen und er teilt mit, daß ein Gesetzentwurf über die Einführung der Arbeitsdienstpflicht bereits in Arbeit ist. Die Dienstpflicht sucht man dadurch für den Gedanken des Arbeitsdienstjahres zu gewinnen, daß man — nach dem bekannten Rezept: Nur Arbeit kann uns retten! — die Notwendigkeit vermehrter Arbeitsleistung betont. Das ist aber eine Täuschung, denn tatsächlich wird durch ein solches Gesetz, wie der demokratische Abgeordnete Göttsch richtig sagt, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeitskraft der Bevölkerung neu erschaffen. In Wirklichkeit verfolgt man auch mit dem Dienstpflichtgesetz einen andern Zweck. Es soll die sozialistisch und kommunistisch verlesene Proletarierjugend wieder nach dem alten System militärisch gedrillt, zur Disziplin erzogen und zu willfährigen Ausbeutungsobjekten zurechtgerichtet werden.

Dem in Arbeit befindlichen Entwurf sollen nach der Darstellung des Berliner Blattes die Gedanken zugrunde liegen, die der demokratische Abgeordnete Schücking bereits früher einmal in einer Denkschrift niedergelegt hat. Nach den Andeutungen der Nationalzeitung sollen bei der Ausarbeitung des Gesetzes hauptsächlich zwei Momente berücksichtigt werden. Zunächst das erzieherische Moment. Es wird gesagt, früher habe die Jugend ein, zwei oder drei Jahre Militärdienst dem Staat geschuldet. Nun solle diese Zeit durch das Arbeitsdienstjahr ersetzt werden. So bestehe auch die Hoffnung, daß jene Schule der Disziplin, die in dem Militärdienstjahre enthalten war, durch das Arbeitsdienstjahr aufrechterhalten werde. Andererseits sollten die dadurch gewonnenen Arbeitskräfte für Arbeiten ausgenutzt werden, die nicht dem kapitalistischen Interesse, sondern der Allgemeinheit dienen. Prof. Dr. Schilling habe vor allem an eine Ausnutzung der männlichen Arbeitskräfte zu einer Ruhbarmachung der Moore sowie für andre landwirtschaftliche Erdarbeiten und zu einer Verwertung der weiblichen Arbeitskräfte im Dienste der Krankenpflege und anderer hygienischer und sozialer Einrichtungen gedacht.

Wie die Nationalzeitung bemerkt, findet das Arbeitsdienstjahr innerhalb und außerhalb des Parlaments eifrige Befürworter. Wenn auch im Reichstag ein beträchtlicher Widerstand zu finden sei. Das Blatt gibt eine Reihe von Äußerungen führender Parlamentarier zu dieser Frage wieder. Daraus geht hervor, daß der Gedanke des Arbeitsdienstjahres in den Kreisen der rechtsstehenden Parteien große Sympathien findet. In der Deutschen Volkspartei schätzt man besonders den erzieherischen Wert der Arbeitsdienstpflicht hoch ein, indem man eine Stärkung der Disziplin der Arbeiterschaft erwartet. Hauptsächlich die Vertreter der Industrie treten warm für den Plan ein. Der Abgeordnete Pfeiffer vom Zentrum meint, die Idee des Arbeitsdienstjahres sei eine sehr vernünftige, die aus dem Volksempfinden hervorgegangen sei. Sie werde dazu dienen, der

Jugend geistige und moralische Disziplin beizubringen. Das der Gedanke auch bei den Deutschenationalen einen lebendigen Widerhall finden wird, darf man als sicher annehmen. Dagegen scheinen die Meinungen der Demokraten geteilt zu sein. Der frühere Reichsfinanzminister Gothein hält den Gedanken praktisch für un durchführbar. Er hat auch, daß die meisten Mitglieder seiner Fraktion seine Auffassung teilen. Sein Kollege Dernburg hält den Plan ebenfalls für un durchführbar. Er kam in der Unterredung auf seine Lieblingsidee, die Einführung einer Reichsarbeitskassette, zurück. Beachtenswert ist aber die Tatsache, daß auch die befragten beiden demokratischen Führer die Arbeitsdienstpflicht nicht grundsätzlich, sondern nur wegen der bestehenden praktischen Schwierigkeit ablehnen. Gothein strebt sehr vor der notwendigen ungeheuren Organisation und dem gewaltigen Beamtenapparat zurück, während Dernburg die erforderlichen ungeheuren Kapitalauslagen des Reiches fürchtet. Schatz und Schein haben sich nach der Nationalzeitung nur die Vertreter der Rechtssozialisten, denen wohl die Erinnerungen an das Kriegshilfsdienstgesetz etwas bitter aufstoßen, und die Vertreter der USPD geäußert.

Im allgemeinen stehen jedenfalls die Dinge so, daß in weitesten Kreisen der bürgerlichen Parteien große Sympathie für ein solches neues Arbeitsdienstgesetz vorhanden ist. Man würde von jener Seite unbedenklich den breiten Massen des Volkes ein neues Zwangsengesetz aufhalsen, wenn man glaubt, den geeigneten Weg gefunden zu haben. Vorläufig erblüht man noch die Hauptschwierigkeit — wie der Abgeordnete Weisser bei der Befragung sagte — in dem Widerstand der Entente. Diese würde in dem Arbeitsdienstgesetz eine verkehrte Wiedereinführung der allgemeinen Militärdienstpflicht erblicken. Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß man hier doch noch einen gangbaren Weg findet, zumal ja die Kapitalisten der Ententestaaten an einer intensiven Ausbeutung der deutschen Arbeiter ein wesentliches Interesse haben. Die der Arbeiterschaft durch ein solches Zwangsengesetz drohende Gefahr darf also nicht unterschätzt werden. Auf Einzelheiten einzugehen, wird Gelegenheit sein, wenn der Gesetzentwurf tatsächlich vorliegt. Jedenfalls hat die Arbeiterschaft alle Ursache, auf der Hut zu sein. Die Spuren des Kriegshilfsdienstgesetzes schrecken.

Der Parteitag der Alt-Kommunisten.

Berlin, 3. November 1920.

Auch der gestrige zweite Tag des kommunistischen Parteitags verlief in gleicher Anspruchshöhe wie der erste. Der einstündige Verlauf der Verhandlungen wurde nur einmal leibhaftig unterbrochen, als Pleck die Siege der Roten Armee über Wrangel bekanntgab. Man sang die Internationale und schickte ein Spontaneleggramm an die Rote Armee.

Herr Wolffstein berichtete über die Internationale Frauenkonferenz, die im Anschluß an den 2. Kongreß der 3. Internationale stattfand. Sie bespricht die einzelnen Berichte, die dort erstattet wurden. Von Interesse ist lediglich der zussätzliche Bericht, der von der großen Bedeutung der Agitation unter den Frauen spricht, ohne deren Hilfe es unmöglich wäre, den Hunger und die Kälte zu überwinden. Es sei ein internationales Frauensekretariat geschaffen worden, mit Klara Zetkin als Sekretärin und Kollonza als Vize.

In der Diskussion begründete König-Essen einen Antrag, das Exekutivkomitee möge die Aufnahme der USPD, als sympathisierendes Mitglied der kommunistischen Internationale ablehnen. Die USPD, besitze nur aus Würgeln, Säntern und dergleichen. Er mahnt auch zur Vorsicht gegenüber den Neu-Kommunisten, und macht besonders Braß den Vorwurf, daß dieser den Kommunisten die Arbeit erschwere. Braß hätte lieber beim rechten Flügel bleiben sollen. Diese wohlbedachte Ohrfeige kann sich Braß hinter den Spiegel hecken. Andre werden sich bald desselben Vergnügens zu erfreuen haben. — Müller-Ditschgen widerspricht dem Redner und nimmt die USPD in Schutz.

Ein Vertreter der Vereinigten kommunistischen Parteien Amerikas gibt eine Schilderung des Verhältnisses der KPD in Amerika zu der kommunistischen Partei, die dem der KPD, zur USPD, in Deutschland entspricht. Auch er warnt vor der Aufnahme solcher individualistisch-anarchistischer Strömungen.

In seinem Schlusswort geht Meyer auf die Differenzen zwischen KPD und USPD ein und jagt, daß man auch die Kräfte der USPD gewinnen müsse, da gute, revolutionäre Elemente dort seien. Er tritt zwar für den Antrag König ein, möchte aber damit nicht das letzte Wort über die USPD gesprochen haben. — Der Antrag König-Essen wird angenommen.

Friedrich rechtfertigt im Anschluß an eine dem Parteitag vorliegende Sympathierevolution für die ungarischen Kommunisten die kommunistische Diktatur in Ungarn. Diese sei nicht zusammengebrochen an der mangelnden Reife des ungarischen Proletariats, sondern als Folge der Verschlechterung der internationalen Lage. Besonders die abflauende deutsche Revolution ist an dem ungarischen Zusammenbruch schuld gewesen. Kröblich verweist hier nur, daß die Aufrichtung der proletarischen Diktatur vor allen Dingen aus den Verhältnissen des eigenen Landes entspringen muß und erst in späterer Linie in Hinblick auf die internationale Lage. Kröblich charakterisiert die diktatorische Sowjet-Wirtschaft in Ungarn. Er hofft, daß durch wirkliche revolutionäre Tat bald den Ungarn geholfen werden könne. (Bravo!) — Die Sympathierevolution wird angenommen.

Ein Begrüßungstelegramm der russischen sozialistischen Partei gelangt zur Verlesung. Darauf spricht Brandler über Betriebsräte, politische Arbeiterräte und Arbeitslosenfrage.

Brandlers Rede erregte sich immerhin nicht nur rethorisch, sondern auch sachlich über die am ersten Tage gehörten Reden. Brandler bezeichnet den fünfjährigen Kampf der deutschen Arbeiterbewegung als nicht revolutionär. Er sei nur bis an die Grenze des Kapitalismus gegangen, jetzt gelte es, diese Grenzen zu durchbrechen. Als Vorläufer der Betriebsräte bezeichnet Brandler die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die in gewissem Sinne in der Vorkriegszeit illegalen Charakter getragen hätten, während der Krieges aber in den Dienst der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft traten. Es ist nach dem Zusammenbruch kein Anzeichen vorhanden gewesen, daß die Arbeiter die Stätten der Produktion für sich übernommen hätten, kein Wille, die ökonomischen Verhältnisse zu ändern. Brandler macht hier unfeinlich das wertvolle Eingeständnis, daß also die Arbeiter selbst gar nicht ihrer Aufgabe gewachsen waren, daß sie gar nicht die ihnen sich bietende Gelegenheit hewerteten. Somit behaupten die Herren Kommunisten immer, es sei der Verrat der Unabhängigen gewesen, der die Sozialisierung und die Regalierung der Arbeiterräte verhindert habe. Die Arbeiter- und Soldatenräte werden als Nachwüchser der bestehenden Ordnung bezeichnet, trotzdem auch Brandler die richtige Leistung der Arbeiter- und Soldatenräte anerkennen muß.

Das Betriebsrätegesetz sei nichts anderes als die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft. Brandler sagt auch, daß die politischen Arbeiterräte als Verwaltungsorgan nicht seien, sondern nur als Kampforgan denkbar seien. Weber ist Brandler das Einverständnis, daß die Arbeiterräte ihre Aufgabe nicht verstanden, ebensowenig das Proletariat. Fröhlich aber Parolen hat das Proletariat die Bewaffnung der Bourgeoisie überlassen lassen. Also muß doch noch etwas anderes daran

helfen, als der Verrat und die Feigheit. Vielleicht die mangelnde Reife und Energie des Proletariats, vielleicht auch ein klein wenig die Verbiegung der Machtverhältnisse in Deutschland? Heute sei der Welt, zum Mindesten nicht als gewöhnliche Partei verbunden. Remerkenswert ist, daß Brandler die Betriebsräte die Organe der Überwindung der bestehenden Arbeitslosenfrage bezeichnete. Gegenüber der „verlogenen Sozialisierungsparole“ müsse die revolutionäre Forderung der Produktionskontrakte erhoben werden. Damit die Kommunisten wieder eine neue Parole gefunden haben, um einige Widersprüche von andern Parteien voran zu sein. Sie werden auch hier die Parole der Parolen drehen, als sie ein Diszussionsredner get. bezeichnete. Die Rechtsunabhängigen und die Gewerkschaften werden geschmacklos als Mittel der Konturrevolution bezeichnet. Es wird ihnen unterzogen, daß sie die Betriebsräte zu Organen des kapitalistischen Wiederaufbaus machen wollten. Das sagt derselbe Brandler, dessen ganze Ausführungen ihrem geistigen Gehalt und ihrer praktischen Erfordernisse nach dem Rüstzeug der Rechtsunabhängigen entstammen.

Brandler zieht dann noch gegen den freigewerkschaftlichen Zusammenschluß der Betriebsräte gar primär vom Leder. Man werde sich aber in einen Streik mit dieser Form nicht einlassen, sondern um Geld und Inhaft kämpfen.

Bezeichnend für die Verwirrung in den kommunistischen Reihen ist das, was Brandler über die politischen Arbeiterräte sagte. Er stellte ausdrücklich fest, daß die politischen Arbeiterräte niemals existieren könnten innerhalb der bestehenden Ordnung. Besser kann der Schwindel, der mit der Wahl politischer Arbeiterräte getrieben wurde, nicht illustriert werden. Auch das war seit je der Standpunkt der sogenannten „Rechtsunabhängigen“. Es bedürfte aber erst eines Kafkasbüßers von Moskau, um die fundamentalen Erkenntnis teilhaftig zu werden. So jagt man die Masse von einer Parole zur andern, ohne sich über deren Tragweite oder Berechtigung im klaren zu sein.

Die Diskussion brachte keine neuen Gesichtspunkte. Sie erschöpfte sich in der Hauptsache in den Angriffen auf die alte Gewerkschaftsbürokratie. Positive Vorschläge für die Überwindung der Arbeitslosenfrage blieben aus. Das ist ja auch nicht nötig, denn diese Frage wird ebenfalls bei der kommunistischen „großen Aktion“ mit erledigt. Lediglich Dunder wies auf die große Bedeutung der theoretischen Durchbildung der Betriebsräte hin. Duffer will nunmehr auch die Arbeiterunionen nach ihrem Anschluß an die 3. Internationale im Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie miteinbringen. Rüd-Sittigart ist nicht der Ansicht, daß in der Partei keine Gegenkräfte bestehen. Er warnt davor, den Betriebsräten die Leitung der Aktionen anzuvertrauen. Beim Württemberg Generalkomitee zeigte sich, daß die Betriebsräte dieser Aufgabe nicht gewachsen seien. Hedert von der Zentrale will eine Verbindung der kommunistischen Zelle in den Gewerkschaften über das ganze Reich organisieren als Abwehr gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und die USA. Dann kann die Spaltungsarbeit ja beginnen, die man so verzweifelt abstreitet.

In seinem Schlusswort fordert Brandler für die Arbeitlosen Unterstützung in der vollen Höhe des Lohnes, die aber nicht von den Arbeitern, sondern von dem Unternehmer aufgebracht werden soll. Das ist schließlich die Aufnahme einer Forderung, die zuerst von „rechtsunabhängigen“ Seite erhoben wurde, und zwar von Genossen Hilferding. Brandler will nur Hilfeleistung für die Arbeiter der Vorwerke auch die Eisenbahner und Bergleute heranziehen. Der neue Burschenschaftswind der Gewerkschaftsbürokratie sei die Parole: Sozialisierung mit den Unternehmern.

Ein kommunistischer Redakteur, der das Kapitalverbrechen beging, daß er der These vom Zerfall des Kapitalismus entgegen trat mit der Behauptung, daß der Kapitalismus noch durchaus leistungsfähig sei, und der verlangte, daß man die Massen darüber aufzuklären solle, wurde mit allen gegen eine Stimme ausgeschlossen. Somit läßt sich doch auch das ganze theoretische Gebäude des Kommunismus ins Wanken, das doch nur von der Hoffnung auf den in kürzester Zukunft zu erwartenden gänzlichen Zusammenbruch des Kapitalismus getragen wird.

Pleck schloß darauf den Parteitag, d. h. er vertagte ihn eigentlich bis zum Vereinstagungsparlament mit den Neu-Kommunisten, der im Dezember stattfinden soll.

Wir haben nach den Ergebnissen dieses Parteitags erneut festgestellt, daß man in der kommunistischen Partei nur lebt von der Hoffnung auf die endgültige Aktion. Darauf ist alles eingestrichelt. Die Ziele werden alle theoretischen und praktischen Fragen der Politik, der Wirtschaft und des Sozialismus angepaßt, sie werden umgebogen, schematisiert. Man hat sich eine künstliche Plattform geschaffen, von der aus man alle Dinge in ganz einfacher Nebeneinander sieht. Keine Untersuchungen, keine Einschätzung der verschiedenen Kräfteverhältnisse und deshalb auch keine Maße und festen Anhalt in den konkreten Forderungen. Was in den Referaten und Debatten sachlich von Bedeutung war, kann echt „rechtsunabhängig“. Der erneute Beweis dafür, daß die Existenz der kommunistischen Partei keine Notwendigkeit für das revolutionäre Proletariat bedeutet. Die Ziele und Forderungen des revolutionären Proletariats, wie sie aus seiner Klassenlage und der politischen Gestaltung entspringen, sind enthalten im programmatischen Bekenntnis, in der praktischen Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.

Mit gedämpfter Trommel.

Die Ankündigung Frehndachs, gegen die zum Bürgerkrieg und Terror auffordernden Alt- und Neu-Kommunisten mit dem Strafgesetzbuch vorgehen zu wollen, hat den ersten Mut dieser Lapareen erheblich abgeflacht. Wiegen sie bisher immer zum Sturm, so marschieren sie jetzt plötzlich in kurzem Tritt und bei gedämpfter Trommel Klänge. Warfen sie vor Halle der USPD, ständig vor, sie trante an Kampfunfähigkeitsverlust, sie gebe keine ausreichenden Kampfparolen aus, so lösen sie jetzt in weichen Tönen der Arbeiterschaft das lautere Lied der politischen Zurückhaltung. Natürlich kräftig untermischt mit den schockierten und künftigen Angriffen gegen die USPD. Denn der Kampf gegen diese, nicht der Kampf gegen die Reaktion und gegen die kapitalistische Ausbeutung, ist Hauptaufgabe der Alt- und Neu-Kommunisten. Weil der Kampf gegen die USPD, eine Eckfrage war für sie.

Das zeigt sich in vollendeter Schönheit in einer öffentlichen Versammlung in Zeitz, in der am Montagabend Gen. Hilferding über die Sozialisierung und den Gehetzwurf der USPD sprach. Sein Widerpart in der Diskussion war Herr Viktor Stern, der letzte Nährvater der Hallenser Neu-Kommunisten. Nichts als dichte Kritik, eingekleidet in hohen Phrasenflus, gepulst mit Auslegungen und Deutungen, die einem geübten Talmudisten alle Ehre machen. Seine ganze Rede, die nicht den kleinsten Funken eines positiven Vorschlags enthielt, war eine glatte Abgabe an den Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, in dem jetzt die USPD auftritt.

Die beste Antwort darauf hatten ihm: freilich einige Stunden vorher schon die Bergarbeiter des Zeitz-Reichenhals-Mühlwisch-Köthener Industriegebietes gegeben, die sich, wie bereits gemeldet, mit etwa 600 gegen 5 Stimmen für den Sozialisierungsgeheimvertrag der USPD ausgesprochen hatten. Sterns Rede wimmelte nur so von „wahrem Marxismus“, der bei dem überwiegenden Teil der Versammlung wiederholt stürmisches Lachen auslöste. Dafür lebte er ein „kommunistischer Stoßtrupp“ jüngeren Alters, der natürlich die Widerspruchsbüchse in der Sternschen Rede ungedrungen schloß und heiser schreit, überhaupt nicht wüßte. Demeist das Denkvermögen dieser Leute noch gar so unentwickelt und der religiöse Glaube an die unsterblichen Führer noch gar so stark ist.

Als ein Kapitalverbrechen an der Arbeiterklasse fast bislang in den Mienen der Alt- und fast noch mehr der Neu-Kommunisten, auf die mangelnde Reife eines nicht unerheblichen Teils

des Proletariats hinzuweisen. Als Verräter der Arbeiterklasse wurde jeder gebraucht, der die Notwendigkeit der Schulung betonte. Nicht Schulung, sondern Aktion sei die Hauptsache; in der Aktion läute sich das Proletariat am besten! — Jetzt aber, nach Halle und nach Frehndachs Rede von Viktor Stern ausdrücklich, die Schulung des Proletariats sei nötig. Die Arbeiter müßten sich das geistige Rüstzeug aneignen, das für die Sozialisierung notwendig sei. Und in einem Flugblatt, das seine Freunde in der Versammlung ausgelegt hatten, wird ausdrücklich betont, daß „die Unzulänglichkeit der alten Arbeiterräte der Ausdruck der Unzulänglichkeit der Massen, der Ausdruck der Unreife des deutschen Proletariats“ gewesen sei. Wir entinnen uns der wütenden Reden und knallenden Artikelsticker der jüngsten Neu-Kommunisten, als daselbe von einigen der sogenannten „alten Gel“ gesagt wurde. Wird man nun Viktor Stern auch in diese Kategorie abschreiben? —

Als niederträchtigster Verrat an der Revolution galt bislang den Alt- und Neu-Kommunisten der Hinweis, die Sozialisierung sei ein Prozeß, der nicht von heute auf morgen durchzuführen wäre, sondern Jahre erfordere. Wir brauchen nur die politische Macht zu erobern, dann haben wir die Sozialisierung! Seht nach Rußland, dort ist Sozialismus! Bringt nur sofort Kampfemut auf, wie die Bolschewiki, und wir sind auch in Deutschland am Ziele! — So tönte es ununterbrochen in die Ohren der Arbeiter. Wer aber seine wartende Stimme erhob, wer darauf hinwies, daß in Rußland alles andre, nur kein Sozialismus herrsche, wer da nachwies, daß die Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische notwendigerweise ein Prozeß sein müsse, der galt als der schlimmste Schuft und Verräter an der Arbeiterklasse.

Und nun? — Im Montag erklärte Herr Stern, die Durchführung der Sozialisierung bedürfe Monate! Wenn der Kapitalismus nicht mehr weiter könne, dann käme der Sozialismus! —

Das war außerordentlich klug gesprochen, so klug, wie ein geübter Demagoge nur immer sprechen kann. Kein Versprechen mehr, daß es nur der Erhebung der politischen Macht bedürfe, um sofort im Lande der Verheißung zu sein, sondern eine vorsichtig verschleierte Andeutung, daß es auch nach dem Siege der Kommunisten noch eine Weile dauern werde, ehe alle Blütensträume reifen. In der Diskussion wurde denn auch Herr Stern gefragt, daß er sich nur noch etwas geistig habe, das Wort Jahre in den Mund zu nehmen. Aber wenn er das Wort Monate schon herausgebracht habe, so werde er wohl in einiger Zeit auch noch das andre Wort über die Jahre bringen.

Die USPD war kampfunfähig und jenseitig; sie hatte nicht den Mut, zugräftige Kampfparolen auszugeben! So erbot es wochen- und monatelang aus den Reihen der Neu- und Alt-Kommunisten. Herr Stern aber verkündete am Montag: „Nicht Parolen sind jetzt auszugeben, sondern Schulung, das geistige Rüstzeug der Massen ist notwendig.“ (!) Als Gen. Herr Hilferding diese Widerspruchsbüchse und bemerzte, der Redner Stern von heute sei ein ganz anderer als der Redner Stern von Halle und vor Frehndachs Ankündigung, da seine organisierte Stoßtrupp kommunistischer Zinglinge an und bemerzte die Stärke seiner Zungen. Und als Genosse Herr Hilferding es sich erlaubte, daß in einer Zeit, da die Reaktion die letzten Waffen schmeide zum Kampf gegen das Proletariat, die Arbeiter nichts Besseres zu tun wüßten, als sich die Schädel gegenseitig einzuschlagen — da steuerte sich die Aktivität der jugendlichen Heiden, bis sie ihre höchste Entfaltung fand bei der Festklänge Herrs, daß die Rede Sterns eine glatte Abgabe sei an den Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus, zu dem jetzt die USPD aufträte. Ein Weiterreden war nicht möglich, denn Herr Stern hatte nach bekannter Umweisung seine Redefreiheit schon als die Volkseigenschaft ausgenutzt und Genosse Hilferding wollte noch eine kurze Schlußbemerkung machen. Dem Genossen Herr Hilferding ein. Hilferding mit dem ersten Maum auf den Lippen zu: Du bist auch ein Streik! Und als Genosse Herr Hilferding die Bühne verließ und durch die Reihen der aufgereizten kommunistischen Zungen schritt, da sang aus deren hinteren Reihen die Anforderung: Haut ihn doch in die Kreuze! Zur Tat hat die dieser Wutere freilich selbst nicht den Mut.

Im Kampfe gegen Reaktion und Reaktion winken Strafgesetzbuch, Gefängnis und Zuchthaus. Das sind für manche der neueren „Führer des Proletariats“ unangenehme Anstalten, besonders für die, die mit dem Munde lauscht vor keiner „revolutionären Tat“ zurückbleiben. Darum ist man sich jetzt Kampft und Reaktion gegenüber in kurzem Tritt und hämpft das revolutionäre Kalbfell. Den eigenen Klassenmassen gegenüber aber kann sich der kommunistische „Eton“ ungehindert ausbreiten.

Die Grüne Polizei in den Händen der Offiziersklique.

Schweres Anklagematerial gegen die Stützen der Ordnung.

Auf dem sächsischen Polizeibeamtentag, der gestern in Dresden zusammengetreten war, wurde schweres dokumentarisch belegtes Anklagematerial gegen das Militärregiment in der Grünen Polizei vorgebracht, das beweist, wie gewissenlos Reaktionsäre, von der Regierung nach wie vor in ihren Offiziersstellungen belassen, die Grüne Polizei zu einem Werkzeug blinden Kapaziergehorsams machen, in das gefamte deutsche und sächsische Volkswesen denselben Geist hineinzutragen versuchen, der sich in Belgien und Finnland so glorreich betätigt, und dabei auf alle seltlich bedauerlichen Grundzüge der Regierung, möglichst sparsam im halbbrantrotten Staatswesen warten zu lassen, höflich pfeifen. Unser Berichterstatter auf der Tagung teilt uns über das dort von einem alten Dresdner Polizeibeamten, dem Wachmeister Schmidt, vorgebrachte Anklagematerial folgendes mit:

Bereits am 1. September 1920 hatte die Deutsche Polizeibeamtentagung einen Artikel des Generalsekretärs des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands, Franke, gebracht, in dem wörtlich ausgeführt wurde:

Die gesamte reaktionäre Presse ist mobil gemacht worden, um gegen den Plan, eine den Zeitverhältnissen und unserer schwelgerischen finanziellen Lage entsprechende Polizei zu schaffen, Stellung zu nehmen. Die Argumente, die dabei ins Treffen geführt werden, sind derart durchsichtig, daß auch jeder fernstehende sofort merken muß, wozu die Richtung gehen soll. Man fürchtet den Verlust der sehr einträglichen Stellen bei den bisherigen Stäben der Sicherheitspolizei, und man befürchtet ferner, daß an Stelle der mit gewissen Geheimräten Hand in Hand arbeitenden Offizierskamarilla Fachleute treten, die sich lediglich von den Gesichtspunkten des Staatswohls und den Interessen der Beamtenschaft und Allgemeinheit leiten lassen würden.

In diesem Artikel wird also das Bestehen der Offizierskamarilla innerhalb der Grünen Polizei und ihrer Protektion durch die alte Bürokratie festgelegt, und zwar von dem rechtssozialistischen Verbandssyndikus Dr. Franke. Auf dem Dresdner Polizeibeamtentage gab er selbst zu, daß

die gleichen Zustände auch in Sachsen, wie überhaupt im Reich beständen. Diese Zustände schloßte dann Wachmeister Schmidt als Vertreter der alten Polizei, und es sei nur das Wichtigste aus dem positiven Anklagematerial hier wiedergegeben:

Im Dresdner Schloß allein sitzen noch heute, jetzt als Obermänner der Grünen Polizei, nicht mehr und nicht weniger als 40 Offiziere. Sie setzen sich zusammen: aus einem General, einem Oberst, vier Majoren, einem Duzend Hauptleuten und den nötigen Oberleutnants und Leutnants. In dieses vollkommen in den Händen einer Offiziersklique befindliche System der Grünen Polizei sollen nun alle alten, wirklichen Polizeibeamten und Schutzleute

eingereicht werden, die noch nicht 10 Polizeidienstjahre hinter sich haben. Das heißt also, daß die Polizei völlig militärisiert um zur absoluten Kriegsvorbereitung im Innern umorganisiert werden soll. Der Finanzminister Wirth hat zwar kürzlich bestimmte Sparmaßregeln für die Verwaltung aufgestellt; für das Dresdner Schloß scheinen sie nicht berechnet zu sein; hier wie an vielen Stellen des Reichs wird nach wie vor eine Leibesgarde der Reaktion bezahlt, ja, sie soll sogar noch wesentlich vergrößert werden. Statt umgekehrt die Grüne Polizei, soweit ihre Angehörigen verlässlich sind und für den schwierigen Polizeidienst mit Erfolg noch ausgebildet werden können, aber ohne ihre militärischen Vorrechte, in die alte Polizei einzureihen, die dringend einer Verstärkung bedarf, soll genau der umgekehrte, erstens viel kostspieligere und zweitens durchaus volksfeindliche Weg zu Ruh und Frommen eines neuen Polizeimilitarismus nach den neuesten Bestimmungen angesetzt werden.

Wie das System der Offizierswahl im grünen Polizeigewand aussieht, beweisen folgende Einzelfälle: Ein Hauptmann Schmidt der Grünen Polizei äußerte sich jüngst vor Zeugen: „Ich was, Polizei! Mit zehn Mann und einem Maschinengewehr räume ich den Dresdner Postplatz!“ Ein anderer, ein „grüner“ Major, fuhr vor wenigen Tagen erst einen blauen Polizeibeamten auf der König-Johann-Strasse in Dresden, also im belebtesten Viertel, öffentlich an, weil er ihn nicht „anständig“, mit zusammengeklagenen Händen gegrüßt hatte. Von diesen selben Offizieren werden alte erfahrene Polizeibeamte bei Gelegenheit auch nachkontrolliert, ob sie den Schlagring in der richtigen Politischen haben. Bei einem anderen Dresdner „grünen“ Hauptmann, von Marloth, wurde festgestellt, daß er (genau wie einst im wilhelminischen Mal) sich einen Beamten als Buchsen abkommandiert hat, der ihm die Wohnung wischen muß. In der Dresdner Elb-Laternen wurden kürzlich einfach eine Anzahl „Beamte“ zum Kohlenabladen kommandiert und die „Beamten“ schleppten sie in Körben hinein, genau wie früher der Feldwebel seine Reuten zum Kartoffelschälen befehlt. Um dem System jener 40 „Kohler“, die sich allein im Dresdner Schloß befinden, auch einen Namen zu geben, hat man ohne irgendeinen zwingenden verfassungsmäßigen Grund eine „Landespolizeiverwaltung“, auf Deutsch gesagt, ein Polizeipräsidium Dresden II geschaffen, das neben der herkömmlichen nach Gutdünken schaltet und waltet und eben die (im Sinne der Reaktion!) „zuverlässigere“, nämlich völlig militärisierte Polizei darstellt. Die „Beamten“ dieses „Präsidiums“ treten nun militärisch zur Dienstausübung an; es wird nicht nur die Uniformen kommandiert, genau wie früher, und in diesen Sachen nun noch und nach Möglichkeit das ganze bisherige Polizeiwesen, die Sachen und im Reich überhaupt überführt werden.

Die „Anfragen“ rufen auf dem Polizeiausschuss, eben weil sie von seiner Seite bestritten werden konnten und dokumentarisch feststehen, teils lebhafteste Zustimmung unter den alten Polizeibeamten, teils begriffliche Unruhe bei den Betroffenen, den Herren „grünen“ Offizieren, hervor. Aus der Anklage der Schmidt's alina aber klar hervor, daß es sich nicht darum handelt, Mitarbeiter gegen die neuen grünen Polizeibeamten überhaupt zu stellen, sondern nur gegen ein System, das man machen, das die völlige Militärisierung unseres Polizeiwesens bedeutet. Hier muß tatsächlich mit aller Energie durchgegriffen werden. Eine Revolution, die solche Dinge noch duldet, verdient das schärfste Mißtrauen der Arbeiterschaft.

Am 14. November muß auch gegen dieses volksfeindliche System auf das entschiedenste protestiert werden durch die Wahl der Kandidat der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Das Polizeiamt rührt sich.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig läßt folgendes von sich hören:

In dem Artikel „Die Orgeß in Leipzig“ in Nr. 227 Ihres Blattes vom 1. November 1920 stellen Sie u. a. die Behauptung auf, daß das Polizeiamt der Stadt Leipzig in der Sache eine sehr eigenartige Rolle spiele, und begründen dies besonders damit, daß Herr Staatsanwalt Hauber längere Zeit selber beim Polizeiamt der Stadt beschäftigt worden ist, daß er jetzt noch vom Rat der Stadt beauftragt werde, und daß er im Vorjahre vom Polizeiamt besonders angefordert worden sei, weil er sich angeblich besonders gut für den polizeilichen Erkundungsdienst eignete. Es besteht die nicht unbegründete Befürchtung, daß auch jetzt noch im Polizeiamt Helfershelfer der Orgeß sitzen.

Richtig ist hieran lediglich, daß Herr Hauber früher beim Polizeiamt beschäftigt gewesen ist. Er ist aber bereits am 22. August 1919, also unmittelbar nach dem Antritt des unterzeichneten Polizeidirektors, aus dem Dienst des Polizeiamts ausgetreten und auf seinen Wunsch vom Rat der Stadt ohne Gewährung von Gehältern beurlaubt worden. Auf sein Gesuch vom 19. April 1920 ist er vom Rat der Stadt auf ein weiteres Jahr unter Wegfall aller Gehaltsansprüche, auch der Ansprüche auf Ruhegehalt, weiter beurlaubt worden. Unrichtig ist also, daß Herr Hauber noch vom Rat der Stadt beauftragt wird. Unrichtig ist auch weiter die Behauptung, daß er vom Polizeiamt besonders angefordert worden sei, weil er sich angeblich besonders gut für den polizeilichen Erkundungsdienst eignete. Wollte aus der Luft gegriffen ist die weitere Behauptung, daß die Befürchtung begründet sei, daß im Polizeiamt Helfershelfer der Orgeß sitzen.

Im übrigen erlauben wir uns noch folgendes zu bemerken: Die Frage des Polizeidirektors nach dem Namen des Redakteurs am Telephon entspricht dem vom Polizeiamt besorgten Grundsatze, daß Anonymität am Fernsprecher ebenso zu beurteilen ist wie Anonymität in Briefen.

Eine Stellungnahme des Polizeiamtes zur Sache selbst ist überflüssig nach der Veröffentlichung des Ministeriums des Innern.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Kubitz, Polizeidirektor.

In der Hauptsache wird damit bestätigt, was wir geschrieben haben, daß nämlich Herr Hauber beim Polizeiamt beschäftigt war. Unsere Befürchtung, daß auch jetzt noch Helfershelfer der Orgeß im Polizeiamt sitzen, wird durch dieses Schreiben nicht zerstreut, aufgeklärt ist auch nicht, was nun eigentlich der Herr Hauber für eine Tätigkeit ausübt. Im übrigen scheint uns zwischen der gegenwärtigen und einer früheren mündlichen Erklärung des Polizeiamtes wegen Herr Hauber ein Widerspruch zu bestehen; denn damals wurde nur bestritten, daß Hauber in der politischen Abteilung des Amtes tätig wäre, während er jetzt überhaupt nicht mehr bei ihm beschäftigt sein soll.

Der harmlose Justizminister und die harmlose Orgeß.

Der preussische Justizminister hat bekanntlich dieser Tage zum erstenmal für viele deutsche, ja selbst preussische Staatsbürger von seiner Existenz Mitteilung gemacht, indem er der kaiserschen Öffentlichkeit kundtat, daß die Orgeß ein harmloser Regent sei, der keineswegs mit dem Entwaffnungsgesetz oder sonstigen Gesetzen im Widerspruch stehe. Dieser Herr Justizminister hat bis zum heutigen Tage noch nicht in Erfahrung bringen können, daß die konterrevolutionären Organisationen des Herrn Escherich im Besitze von Waffen sind. In Paris und London weiß man das zwar schon und die Entente hat infolgedessen an die bairische Regierung bereits eine Note gerichtet, die die Auflösung der Orgeß in Bayern fordert. Herr am Jahnhoff aber weiß von nichts. Zeitungen liest er nicht; dazu ist er zu alt, sonst hätte er all die Organisationspläne über die Einteilung der Orgeß in Batterien, Eskadrons und Maschinengewehrabteilungen in atemloser Wiedergabe finden können. Da weder Herr Escherich, noch einer seiner getreuen Vasallen sich waffenlos dem Herrn Justizminister selber vorgestellt hat und da im preussischen Justizministerium selber vorläufigerhand kein Waffenlager der Orgeß sich befindet, wenigstens nicht im Arbeitszimmer des Justiz-

ministers, so hat dieser eine höchlichst: Befehlsbefugung ausgeübt, daß die Orgeß ein durchaus gemittelter Regent sei. Darob große Freude bei Herrn Escherich und viel Jammer im preussischen Kabinett. Herrn Escherichs Schmelz ist anzuerkennen, er hat den Mut aufgebracht, den faul schlummernden Herrn Justizminister durch einen neuen energischen Erlaß an den Oberpräsidenten, in dem sofortige Maßnahmen gegen die Orgeß angeordnet werden, aus seiner heuchlerischen Ruhe aufzuwecken. Es steht nun der preussische Innenminister gegen den preussischen Justizminister und die Öffentlichkeit wird mit einigem Behagen dem Ausgang dieses Schauspiels zusehen können. Sehr wohl muß Herr am Jahnhoff nicht sein, denn die preussische Regierung behauptet kategorisch, daß sie kaisersches Material besitze, um die Ungeheuerlichkeit der Orgeß nachweisen zu können. Sie wird Herrn am Jahnhoff dieses Material übermitteln. Wie wir hören, wird der gepöbelte preussische Justizminister sich Hilfe- und Rat suchend an seinen höchsten Fraktionsvorsitzenden, den Papst, wenden.

Schluß des preussischen Landtages im Dezember.

Die preussische Landesversammlung hofft die ihr noch zugewiesenen Aufgaben in einigen Wochen erledigen zu können. Die Verfassungsvorlage und das Wahlgesetz, den Etat, dann noch die Mittellandkanalvorlage, das Beamtenbefolgungsgesetz und das Hebammengesetz erlaubt man bis zum 12. Dezember verabschieden zu können. Darauf werde die Landesversammlung aufgelöst werden. Die Neuwahlen sollen voraussichtlich im Februar stattfinden.

Erzberger unter Verschlag.

Bei der am letzten Sonntag tagenden Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei hat Erzberger, aus freiem Entschluß, die Erklärung abgegeben, daß er sich bis auf weiteres an den Reichstagsverhandlungen und an den Verhandlungen in der Fraktion nicht beteiligen werde. Der freie Entschluß wird wohl von der Rücksicht der Zentrumspartei auf die noch nicht abgeschlossene Unterredung der Steuerreform-Erzberger's abhingen zu sein.

Die Lage im Osten.

Die Verhandlungen über den endgültigen Friedensvertrag.

11. Warschau, 4. November. In den nächsten Tagen beginnen in Kiga die Vorverhandlungen zwischen den polnischen und bolschewistischen Delegierten über den endgültigen Friedensvertrag.

Heftige Kämpfe an der Südfont.

Den russischen Heeresberichten der letzten Tage ist folgendes zu entnehmen:

Am Meer des Schwarzen Meeres besetzen wir den Hafen Stadowl. Im Abschnitt Beresop überwandern unsere Abteilungen den Widerstand des Gegners, besetzen Beresop und kämpfen hartnäckig südlich dieser Stadt. Im Abschnitt Beresop kämpfen unsere Truppen hartnäckig südlich Beresop mit dem Gegner, der zu Gegenangriffen übergeht. Im Abschnitt Nikopol besetzen unsere Abteilungen eine Reihe Dörfer 40-50 West südlich Nikopol. Abschnitt Nikopol: Unsere Abteilungen besetzen am 30. Oktober die Stadt Nikopol.

In einem späteren Bericht heißt es: Der Gegner, verstärkt durch zahlreiche von der polnischen Front herübergeworfene Infanterie- und Kavalleriedivisionen, setzt seinen hartnäckigen Angriff fort.

Sibirische Front: Neue Abteilungen besetzen die Abteilungen des Amans Semnow, die sich nach Sibirien zurückziehen. Sie machten viel Gefangene, erbeuteten Geschütze, 7 Panzerzüge, 73 Lokomotiven und 20 Waggons.

Antibolschewistisches Aktionskomitee in Moskau.

O. E. Helsingfors, 3. November. Laut der Moskauer Prawda hat sich in Moskau ein gegenrevolutionäres Aktionskomitee gebildet. Das Komitee verurteilt durch seine Propaganda die Arbeiterschaft von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Sowjetregierung zu kürzen. Dieses Komitee nennt sich „Organisation kommunistischer Arbeiter“ und verbreitet unter der Arbeiterschaft die Ansicht, daß die kommunistischen Führer, die sich in seltener Stellung befinden, die Arbeiter verraten haben. Die Prawda spricht die Überzeugung aus, daß es gelingen werde, diese geheime Organisation zu vernichten und warnt davor, den von ihr verbreiteten Aufrufen Glauben zu schenken.

England und Rußland.

Moskau, 2. November. Gegen die Weanahme des italienischen Dampfers Ancona mit für Rußland bestimmten Waren hat die russische Regierung ein lebhaftes Protest an das Auswärtige Amt in London gerichtet. Da über die Rüste des Schwarzen Meeres keine Blockade erklärt sei, entbehte die Weanahme der rechtlichen Grundlage.

London, 3. November. In seiner Antwort auf die Note der russischen Regierung nimmt Curzon Bezug auf die englandschweizerischen Sanctionen der Sowjet-Regierung im Schwarzen Meer sowie auf die Ausschließung des Sowjet-Ministers, der beim Stapellauf eines Unterseebootes im Schwarzen Meer lagte, er hoffe, es werde ein Entschluß in den Grundbohren, Curzon fuhr fort, die Sowjet-Regierung könne die bestehende Lage vorantreiben, wenn sie die in seiner Note vom 9. Oktober verlangten Versicherungen abgibt.

London, 3. November. Times berichtet nach einem holländischen Blatt, die englische Regierung habe durch Vermittlung der russischen Handelsdelegation einen Kontrakt über Lieferung von einer Million Rubelwäcker unterzeichnet. Die englische Regierung werde dafür Kohlen liefern.

Beschreibung eines italienischen Dampfers durch serbisches Militär.

Quano, 4. November. (T.U.) Die Tribuna berichtet von einem italienisch-serbischen Zwischenfall, der sich bei der Einfahrt des italienischen Dampfers Morin in den Hafen von Buccari ereignete. Die dortige serbische Garnison erdrosselte auf den Dampfer ein Maschinengewehr und Geschütze, das sie trotz des Missens der italienischen Flagge in verächtlicher Weise fortsetzte. Der Dampfer mußte sich infolgedessen nach Flume flüchten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Japaner auf Sachalin.

Aus Wladivostok wird gemeldet: Japan fährt fort, seine Macht auf Sachalin zu befestigen. Tausende von Arbeitern sind nach der Insel geschickt worden. Es wird dort eine Eisenbahn gebaut und Maßnahmen zur Ausbeutung der ungeheuren Fischreichtümer an Fischen, Seelachs, Gold und Pelzwerk werden getroffen. Eine dort ausgebrochene Typhusepidemie wirkt tödlich auf den Fortgang der Arbeiten. Es fehlt an Arzneien und Arzneimitteln.

Der Arbeitszwang in Bulgarien.

Wie aus Sofia gemeldet wird, ist das Gesetz über die obligatorische Arbeitspflicht bereits in mehreren Gegenden Bulgariens angewandt worden. In einigen Vierteln der Hauptstadt ist die allgemeine Wehrübung im Alter von 20 bis 55 Jahren für fünf Tage einberufen worden, um im Notfall die gebliebenen Arbeiten in der Umgegend von Sofia auszuführen.

Belagerungszustand in Indien.

Neuere Contant meldet aus London: Berichte aus Simla belagern, daß in den Bezirken Amritsar, Lahore und Shalpur der uneingekehrte Belagerungszustand erklärt worden ist. Arbeiterverrichtungen sind nur mit besonderer Erlaubnis gestattet. Diese Maßnahmen seien wegen Verbrechen gegen die britischen Behörden erfolgt, deren sich zahlreiche nationalindische Kattoren schuldig gemacht hätten.

Unruhen bei den Wahlen in Havanna.

Amsterdam, 2. November. Reuter meldet aus Havanna: Aus Anlaß der Präsidentschaftswahl ist es an verschiedenen Orten zu Kämpfen gekommen, bei denen acht Personen getötet wurden.

Gegen die Schmutzgeschäfte an der deutsch-holländischen Grenze. Im Hinblick auf den Schmutzgeschäfte an der deutschen Grenze hat der niederländische Finanzminister in einer Anzahl von Grenzgebieten auf einer 30 Meter breiten Straße den Warenverkehr verboten.

Gewerkschaftsbewegung.

Drei Schiedsprüche.

Seit Mitte Juli fordern die Chemigraphen und Kupferdrucker und die Lithographen eine Erhöhung ihrer Löhne, die trotz aller bisher geführten Verhandlungen zu den Tarifämtern wie in den Tarifauschüssen nicht zu erreichen war. Trotz wiederholt geführter Verhandlungen war es nicht möglich, den bisher geltenden Mindestlohn für alle über 24 Jahre alten Chemigraphen und Kupferdrucker von 100 Mk. in der Woche und den für alle über 24 Jahre alten Lithographen geltenden Mindestlohn von 220 Mk. in der Woche zu erhöhen. Da alle sachlich vorgehenden Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, wurde schließlich, das Reichsarbeitsministerium um Einsetzung eines Schiedsgerichts zu ersuchen. Da wahrscheinlich wegen der verhältnismäßig nur geringen Zahl von Arbeitern, die in Frage kamen, das Reichsarbeitsministerium nicht in Bewegung zu bringen war, wurde der in Frankfurt a. M. ausgebrochene Streik erneut genutzt, um auf dem Verhandlungswege einen Ausgleich herbeizuführen. Aber auch dieser Versuch scheiterte und brachte nur den Ausständigen eine Erhöhung ihres Lohnes.

Inzwischen waren auch die für das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe geltenden Lohnvereinbarungen abgelaufen und es kam zu neuen Verhandlungen am 27. September. Auch im Steindruckgewerbe wurde, wie in allen andern graphischen Berufen, eine Erhöhung der Löhne um 30 Mk. in der Woche gefordert. Auch diese Verhandlungen der Vertragsparteien verliefen ergebnislos. Wohl erklärte sich die Unternehmer des Steindruckgewerbes bereit, einen Zuschuß bei Kurzarbeit zu zahlen, jedoch eine allgemeine Teuerungszulage lehnten sie rundweg ab. Die Verhandlung dazu war wie bei allen andern vorausgegangen Verhandlungen: Wir können nicht; das Gewerbe vertritt es nicht.

Angesichts der Sachlage wurde beschlossen, das Reichsarbeitsministerium erneut um Einsetzung eines Schiedsgerichts zu ersuchen. Beauftragt wurde, über die einzelnen Berufe getrennt zu beraten, jedoch das Schiedsgericht über alle drei Streikfragen einheitlich zu gestalten.

Die Verhandlungen vor dem Schiedsgericht fanden am 18. Oktober statt. Ein vom Schiedsgericht nach Anhören beider Parteien gemachter Versuch, eine Einigung herbeizuführen, scheiterte. Nach rund siebenstündiger Verhandlung der Parteien und Beratung des Schiedsgerichts wurde nachstehender Schiedspruch gefällt:

Steindruck.

1. Jeder Verbeiratete oder einen eigenen Haushalt führende erhält einen Zuschlag auf seinen bisher bezogenen Gesamtlohn in Höhe von wöchentlich 15 Mk. Bei Kurzarbeit wird diese Zulage anteilmäßig gekürzt.
2. Diese Zulage ist zahlbar vom Beginn der ersten vollen Lohnwoche im Oktober 1920. Seit dem 1. September 1920 gewährte Lohn- oder Teuerungszulagen können auf obige Zulage in Anrechnung gebracht werden.
3. Dieser Schiedspruch gilt bis zum 31. Dezember 1920.

1. Wie beim Steindruck bis 15 Mk. Dann weiter: bis zur anderweitigen Regelung der Teuerungszulage für die Kurzarbeiter, wie sie von den Parteien in Aussicht genommen ist, erhalten Kurzarbeiter diese Zulage nicht.
2. und 3. wie bei Steindruck.

Lithdruck.

1. Jeder Verbeiratete oder einen eigenen Haushalt führende erhält, wenn er im Farbensteindruck beschäftigt ist, 15 Mk. Zuschlag auf seinen bisher bezogenen Gesamtlohn. Bei Kurzarbeit usw. wie bei Steindruck.
2. und 3. wie bei Steindruck.

Nach Bekanntgabe der Schiedsprüche wogen sich die Unternehmer zurück und erklärten nach erfolgter Beratung, trotz der Überaus schmerzhaften Relativierung des Gewerbes durch die Schiedsprüche die Durchführung den Unternehmern dringend empfehlen zu wollen.

Eine solche Erklärung wurde von den Vertretern der Gehilfen abgelehnt, obwohl der Schiedspruch die geringen Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt.

Die Berliner städtischen Arbeiter und Bureauhilfskräfte haben in einer neuen Lohnbewegung. Das Einlassamt, bestehend aus 5 Metallarbeitern des Metallrats und 25 Metallarbeitern der Stadtenergieverwaltung, erklärte sich bereit, den Forderungen der städtischen Arbeiter und Bureauhilfskräfte arbeitsmäßig näherzutreten, verlangt aber, daß vorher der Magistrat die Deckungsfrage beraten soll.

Aus dem französisch-belgischen Kohlengebiet.

Paris, 3. November. (M. T. B.) Der Nationalrat der Bergarbeiter hat folgende Mitteilung ausgeben: Der Nationalrat gibt bekannt, daß er vor dem 14. November noch keine entscheidenden Schritte unternommen wird. Dann aber wird er für die entscheidenden Schwierigkeiten keine Verantwortung mehr übernehmen, und vom 15. November ab werden alle untertags arbeitenden Bergarbeiter die Arbeit einstellen. — Die Bergarbeiter des Beckens von Gard haben eine Tagesordnung angenommen, in der sie sich den Lohnforderungen der Bergarbeiter der anderen Bezirke anschließen.

Paris, 3. November. (M. T. B.) Nach einer Meldung der Humanität aus Brüssel beträgt die Zahl der Streikenden im Becken von Charleroi 44 000. Die Bewegung habe sich auch bereits auf die Sambregegend und auf einen Teil des Beckens des Zentrums ausgedehnt.

Von Nah und Fern.

Eine Grippe-Epidemie im Anzug?

London, 3. November. (T.U.) Mit Beunruhigung verfolgt man in verschiedenen europäischen Staaten das Aufstehen und Näherkommen einer Grippe-Epidemie. Die diesmal allem Anschein nach von Südafrika herkommt. Bereits sind weite Strecken der englischen Insel von ihr betroffen. Wie die Blätter zu berichten wissen, hat die Grippe bei ihrem Auftreten in London in der letzten Woche nach amtlichen Angaben allein 2100 Personen auf das Krankenlager geworfen. Wie Londoner Blätter ferner erfahren, ist die Grippe auch bereits in Frankreich ausgebrochen.

Waldbrand bei Kufstein.

Kufstein, 4. November. (T.U.) In der Nähe der Stadt Kufstein seit Sonntag ein großer Waldbrand, der bereits viele Dektar hochwertigen Waldes eingeäschert hat. Aus Anbruch wurde Militär zur Bekämpfung herangezogen. Der Schaden erreicht schon jetzt viele Millionen.

Erwischte Notenschleier.

Wien, 3. November. (T.U.) Ein Schlafwagentrouseur und fünf aus Polen stammende Kausleute wurden hier verhaftet, als sie mit dem Schnellzug Wien-Triest für mehrere Millionen Gulatwerte ins Ausland schaffen wollten. In der Wohnung eines der Verhafteten wurden große Mengen von 30 Kronennoten vorgefunden. Die Ermittlung der Polizei ergab, daß die Bande in den letzten drei Monaten ungeachtet Noten im Werte von mehreren Millionen über die Grenze geschmuggelt hat.

Verantwortlich für den reaktionären Teil.

Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:
Friedrich Viller, Vordorfer-Verlag.
Druck u. Verlag, Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Die sächsische Politik seit Ausbruch der Revolution.

111.

Der Kampf der Schulreaktionäre.

Nach der Verabschiedung des Uebergangsschulgesetzes gaben die Schulreaktionäre ihren Kampf nicht auf. Besonders die Pfaffen, evangelische wie katholische, trieben eine wilde Agitation und suchten einen Kulturkampf zu entfesseln. Unterstützt wurden sie durch die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten.

Am 26. November 1919 brachten die Deutschnationalen in der Volkskammer folgende Interpellation ein:

„Ist die Regierung bereit, der Volkskammer baldig einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das sächsische Uebergangsgesetz für das Volksschulwesen in Einklang mit den Bestimmungen der neuen Reichsverfassung bringt?“

Es wurde also abermals der Versuch gemacht, die Rechtsgültigkeit des sächsischen Uebergangsschulgesetzes anzuzweifeln, obwohl die Rechtslage völlig klar war. Im Art. 174 der Reichsverfassung ist ausdrücklich gesagt, daß bis zum Erlaß des in Art. 146, Abs. 2 vorgesehene Reichsschulgesetzes die bestehende Rechtslage bestehen bleibt. Das sächsische Gesetz besteht nun aber seit dem 22. Juli zu Recht, während die Reichsverfassung erst am 11. August Gesetzeskraft erlangte. Die Rechtswirksamkeit des sächsischen Uebergangsschulgesetzes steht also zweifellos fest.

Die Schulreaktion fand eine Stütze in dem inzwischen zum Kultusminister avancierten demokratischen Abgeordneten Dr. Seuffert. Fast gleichzeitig versuchten die sächsischen Demokraten im Reichstag durch eine Interpellation die Reichsregierung auf den sächsischen „Verfassungsbruch“ hinzuweisen. Sie hatten dort zwar zunächst keinen Erfolg. Aber die sächsische Regierung brachte unter dem Druck der demokratischen Fraktion am 27. Februar 1920 eine Vorlage ein, durch die der § 2, Abs. 2 des Uebergangsschulgesetzes aufgehoben und die Belieferung des Religionsunterrichts in der bisherigen Form erreicht werden sollte. Hinter den Kulissen versuchten die Regierung und die Demokraten, die Rechtssozialisten für die Pläne umzustimmen. Da dies nicht gelang, sondern die Mehrheit fest blieb, zog die Regierung ihre ausstehende Vorlage, die bereits für eine Tagesordnung bestimmt war, wieder zurück.

Aber was sie auf ordnungsmäßigem Wege nicht erreichen konnte, versuchten die Feinde der religionslosen Schule auf ungesetzlichem Wege durchzusetzen.

Der demokratische Kultusminister wandte sich direkt an das Reichsministerium und erstieg darauf unterm 1. April 1920 folgende Verordnung:

Das Reichsministerium des Innern hat auf Anfrage des Kultusministeriums erklärt, daß die Reichsregierung sich zu einem Einlenken gemäß Art. 13, Abs. 2 der Reichsverfassung verhalten müsse, wenn der Religionsunterricht in allen Schulen Sächsens für eine Uebergangsfrist völlig beseitigt werden sollte, ohne daß auf Erziehungsberechtigte, die Religionsunterricht für ihre Kinder wünschen, Rücksicht genommen wird. Es wird demgemäß eine endgültige Entscheidung darüber herbeigeführt, ob § 2 des Uebergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. 7. 1919 gegenüber Art. 149, Abs. 1, Satz 1 der Reichsverfassung wirksam hat oder nicht. Das Ministerium des Innern und öffentlichen Unterrichts ordnet an, daß bis zum Zeitpunkt der Entscheidung die Kinder, die nach dem Willen der Erziehungsberechtigten daran teilnehmen haben, der Religionsunterricht nach den im Verordnungsweg erlassenen Bestimmungen erteilt wird.

Im Zusammenhang damit stand eine am 17. August 1920 erlassene Verordnung, wonach die Erziehungsberechtigten, die ihre Kinder am Religionsunterricht nicht teilnehmen lassen wollen, dies dem Schulleiter schriftlich anzuzeigen haben.

Beide Schulordnungen entsprechen nicht dem Uebergangsschulgesetz und dem Willen der Volksherrschaft. Sie stellen einen offenen Verfassungsverstoß dar, gegen den die Redner der U. S. M. in der Volkskammer protestierten, ohne die Unterstützung der anderen Parteien zu finden.

Die von dem Kultusminister veranlaßte Entscheidung des Reichsgerichts ist bisher nicht erfolgt. Die Volksherrschaft hat, auf einer Entscheidung aufzuerbauen, durch Ablehnung der von der Regierung erneut eingebrachten Vorlage vom 27. Februar 1920 ihrer Meinung dahingehend Ausdruck gegeben, daß das sächsische Gesetz zu Recht besteht und der Religionsunterricht aus der Schule zu entfernen ist.

Wie sehr die sächsischen Schulreaktionäre triumphieren konnten, geht daraus hervor, daß der Demokrat Dr. Barge in einer Verlesung in Leipzig folgende Rede hielt:

„Wir haben gerade durch unsere Teilnahme an der Konferenz verstanden, daß der Religionsunterricht aus der Schule entfernt wurde.“

Auf dem Gebiete der

Sozialpolitik.

Es so gut wie nichts geschehen. Auch hier wäre es Aufgabe der Regierung, drängend auf die Reichsregierung einzuwirken und nach Möglichkeit die Dinge selbst durchzuführen. Mutterhaus, Schwangerschaft, Wöchnerinnenhaus, Säuglingshaus und alle dies liegt im armen. Es besteht eine außerordentliche Sterblichkeit bei den Säuglingen. Eine außerordentliche Unterversorgung in der breiten Masse des Volkes; die Widerstandskraft des Volkes gegen Krankheiten ist wesentlich herabgedrückt. Wie trotz der Not der sächsischen Bevölkerung ist, zeigt ein Bericht über die Ergebnisse einer schulärztlichen Untersuchung in den sächsischen Erziehungsgemeinden, den kürzlich der Rechtssozialist Erwin Barth im Vorwärts behandelt hat. Nach diesen Ergebnissen sind von 18 750 ärztlich untersuchten Säuglingen nur 1635 normal ernährt gefunden worden. In drei Gemeinden mit 1922 untersuchten Säuglingen waren überhaupt keine normal ernährten Kinder vorhanden. Fast zwei Drittel aller Kinder (11 716) wurden als stark unterernährt festgestellt.

Diese entsetzliche Not zu lindern ist die Aufgabe des Staates, der Regierung; dazu waren aber bisher weder Zeit noch Mittel vorhanden.

Arbeiterfragen.

Der rechtssozialistische Ministerpräsident Dr. Gradnauer hatte in seiner Rede gesagt: „Wir brauchen auch eine Befreiung aus der ökonomischen Unterdrückung.“ Wenn die sächsische Regierung ernstlich für die Befreiung der Arbeiterklasse hätte wirken wollen, dann hätte sie sozialistische und nicht kapitalistische Politik treiben müssen. Es ist aber der Regierung gar nicht einfallen, dahin zu wirken, daß den Arbeitern Einfluß auf die Produktion gegeben werde. Sie hat es auch versäumt, bei der Reichsregierung in diesem Sinne durch Anträge und Botschaften einzuwirken. Was getan werden konnte, um die Rechte der Arbeiter zu befestigen, das hat die sächsische Regierung getan. Hätte die sächsische Regierung nach den beschlossenen Maßnahmen handeln wollen, dann müßte sie den arbeitgeberfeindlichen Bestrebungen der Reichsregierung Widerstand entgegenzusetzen. Sie hätte zum Beispiel gegen den Versuch der Reichsregierung, durch die Vorlage über das Schlichtungswesen das Konfliktrecht zu beseitigen, bei der Reichsregierung Einspruch erheben müssen. Sie hätte sich auch gegen

den Versuch, den Achtstundentag zu befestigen, wenden müssen. Statt dessen zeigt sich, daß die sächsische Regierung durch Zudeckung und Bestrafung die Bergarbeiter veranlassen will, die Arbeitszeit zu verlängern, was der Anfang von der Befestigung des Achtstundentages für die übrige Arbeiterschaft ist.

Welcher Geist die sächsische Regierung beherrscht, geht daraus hervor, daß bei der Befestigung der acht Stunden nach dem Vorbilde des Reiches, die am schlechtesten bezahlten Gruppen die wenigsten Zulagen erhielten, während den höchst bezahlten Beamten Knebelgebühren zugesprochen wurden.

Für die Arbeitslosen

fordert die unabhängige Sozialdemokratie eine Unterstützung, die das Existenzminimum gewährleistet. Die sächsische Regierung hat sich aber bisher darauf beschränkt, eine geringere Verteilung der Arbeitslosenunterstützung durch das Reich zu erstreben, weil Sozials mit seinen zahlreichen Arbeitslosen finanziell am stärksten belastet war.

Auf dem Gebiete der

Gemeindeverwaltung

hat sich die sächsische Regierung mit einem Mißwerk begnügt. Dabei gaben die Rechtssozialisten und ihre Regierungsmänner sogar die von ihnen sonst so lebhaft geäußerten demokratischen Grundsätze preis. Die Regierungsvorlage über die Wahlen zu den Bezirksversammlungen schlug an Stelle der allgemeinen direkten Wahl eine indirekte Wahlmännerwahl vor. Die Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie beantragten folgende Fassung des in Frage kommenden Paragraphen:

„Die Mitglieder der Bezirksversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jede Hauptmannschaft bildet einen Wahlkreis.“

Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Wahl findet an einem Sonntage statt.“

Die Rechtssozialisten verneinerten ihr eigenes Programm, das für alle Körperstellen die direkte Wahl fordert, und stimmten dem Antrag an, die Wahl an einem Sonntage zu finden. Bei der entscheidenden Abstimmung am 1. Juli, die auf Antrag der Unabhängigen einstimmig war, stimmten nur die Mitglieder unserer Fraktion für die direkte Wahl.

In der Gemeindeverwaltung ist das festeste Bollwerk der Kapitalisten das Amtmannsystem. Nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung haben nicht die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Gemeindevertreter die Stadtverwaltung in der Hand, sondern die über den gewählten Gemeindevertretern stehenden Ratskollegien. Das Ratskollegium einer Gemeinde kann jederzeit verhindern, daß die Beschlüsse der gewählten Gemeindevertreter durchgeführt werden. Um diesen Zustand zu beseitigen, hatte die unabhängige Fraktion in der Volkskammer folgende Forderung gestellt:

„Das aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Gemeindekollegium ist allein herrschend. Beschlüsse zu fassen und Verordnungen zu erlassen.“

Der 14. November ist Wahltag!

nungen für den Wirkungsbereich der Gemeinde zu erlassen. Es wählt sich seinen Vorsitzenden und seinen Stellvertreter selbst. Die besetzten Ratsmitglieder sind nur Vollzugsorgane des Gemeindekollegiums.“

Diese Anträge wurden nicht nur von den bürgerlichen Parteien, sondern auch von den Rechtssozialisten abgelehnt. Es wird die Aufgabe des neuen Landtages sein, endlich die Bahn in den Gemeinden für eine zeitgemäße Entwicklung freizumachen und die unwürdige Bevormundung der Gemeindeglieder durch die Ratskollegien zu beseitigen.

Die Gewaltpolitik gegen die Arbeiter.

Ohne in der bisherigen Darstellung erschöpfend sein zu können, ergibt sich doch aus dem Gesagten, daß die Regierung und die Regierungsparteien ihre ganze Politik darauf eingerichtet haben, die kapitalistische Herrschaft neu zu befestigen, die Ausbeutung der breiten Volksmassen durch die Kapitalisten erhöhen zu helfen. Demzufolge ging das Bestreben dieser Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien darauf hinaus, das Drängen der Arbeiter zum Sozialismus mit allen Mitteln zu unterdrücken. Wiederaufichtung des Kapitalismus, Kampf gegen den Sozialismus, das sind die beiden scharf hervortretenden Tendenzen der sächsischen Politik.

Die Gewaltpolitik gegen die Arbeiter hat auch in Sachsen eine außerordentlich starke Rolle gespielt. Alle Machtmittel des Staates, der neu erstarkte Militarismus, die Polizei, die Justiz und die Bureaukratie wurden gegen die Arbeiter mobil gemacht. Von den Tagen des Generalkonfliktes in Leipzig im Frühjahr 1919 bis zum Kapp-Putsch und darüber hinaus sind die Revolutionäre in Sachsen verfolgt, verhaftet, bestraft worden. Zuschläger und Gefängnisse sind überfüllt. Ein ganzes Heer von Gendarmen, Richtern, Staatsanwälten sind mit der Verfolgung der Revolutionäre betraut worden. Die Moskopolitik hat auch in Sachsen wilde Orgien gefeiert. In einer Anzahl Interpellationen hat die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie diese Schandtat der antilöwischen Regierung an den Pranger gestellt. Zahllose Einzelfälle brutaler Verfolgungen und barbarischer Mißhandlungen verfolgter Revolutionäre sind dabei öffentlich besprochen worden.

Diese Gewaltpolitik gegen die Arbeiter hat ihre Konsequenzen gefunden im Kapp-Putsch. Dieselben Regierungsmänner und Regierungsparteien, die vor und nach dem Kapp-Putsch auf die freilebenden Arbeiter schimpften, riefen während des Kapp-Putsches die Arbeiter zum Generalkonflikt auf. In diesen Tagen der Not wurden den Arbeitern allerlei Verbrechen angedichtet, die nachher nicht gehalten worden sind. Während der Kapp-Revolution hat ein sächsischer Verlesener gesagt, daß die Revolutionäre aus den Tagen des Kapp-Putsches nicht verfolgt werden sollten, kümmerte sich der mit reaktionärem Geist erfüllte Justizapparat überhaupt nicht um jenes Verbrechen. Es wurde eine Jagd auf die Arbeiter veranfaßt, die in den Tagen der Not der Regierung heftig beigegeben waren. Wieder einmal gab es zahlreiche Justizverfahren gegen die Revolutionäre, dagegen gingen die Reaktionäre völlig unbehelligt aus der Revolution. So ist der Generalkonflikt, der in Sachsen eine so löbliche Rolle spielte, für all seine Taten unbestraft geblieben. Dabei hat Meißner während seiner Amtszeit die Verlesung verlegt, sächsische Volkskammerabgeordnete trotz ihrer Immunität verhaftet und einsperren lassen und er hätte sich wohl auch kaum getraut, die sächsischen Regierungsglieder zu ver-

haften. Die Brandstifter des Leipziger Volkshauses sind nach heute nicht ermittelt, geschweige denn bestraft. Schärfere als durch diese Tatsache läßt sich das Kapitel der Klassenjustiz nicht beleuchten.

So stellt sich schon bei einer knappen Uebersicht die sächsische Politik seit dem Zulammentritt der Volkskammer im Februar 1919 als durchaus kapitalistisch-reaktionär dar. Dieser reaktionäre Charakter verhärtete sich noch stark durch den Eintritt der Demokraten in die Regierung. Es wird die Aufgabe des sächsischen Volkes sein, bei den bevorstehenden Neuwahlen durch die Wahl von unabhängigen Sozialdemokraten die reaktionäre Politik im neuen Landtage unmöglich zu machen.

Das wirtschaftliche Kriegsergebnis.

Der Brüsseler Finanzkonferenz hatte der Engländer Sir George Paik eine Denkschrift unterbreitet, die sehr bemerkenswerte Zahlen über die Kriegsschulden und die Budgets der Staaten enthielt, die am Weltkriege beteiligt waren.

Der Papiergeldumlauf in den europäischen Staaten (außer Rußland) beträgt etwa 244 Milliarden Goldmark. Vor dem Kriege waren es etwa 28 Milliarden. Diese „Notenschießungen“ sind etwa als „unverzinsliche Darlehen“ zu betrachten (d. h. für den direkten Staatshaushalt. Das Volk trifft diese „unverzinslichen Darlehen“ infolge der sich verminderten Entwertung des Geldes, die sie nach sich ziehen, noch schwerer, als die Zinsen fressenden Staatsschulden). Hinzu kommen aber noch rund 612 Milliarden Goldmark an Budgetschulden.

Auf die einzelnen Länder verteilt stellt sich das Bild der Kriegsschulden etwa wie folgt:

	1920	1913	Zunahme
Großbritannien . . .	157 120 000 000	14 220 000 000	142 900 000 000
Frankreich . . .	150 000 000 000	27 340 000 000	152 660 000 000
Italien . . .	80 000 000 000	12 740 000 000	67 260 000 000
Belgien . . .	80 000 000 000	30 000 000 000	50 000 000 000
USA . . .	100 000 000 000	12 000 000 000	87 400 000 000
Deutschland . . .	240 000 000 000	4 000 000 000	236 000 000 000
Österreich . . .	80 000 000 000	10 000 000 000	70 000 000 000
Ungarn . . .	40 000 000 000	60 000 000 000	34 000 000 000
Rußland . . .	120 000 000 000	17 600 000 000	102 400 000 000
Kleinere Staaten	34 000 000 000		34 000 000 000
Zusammen	1 038 120 000 000	107 500 000 000	931 620 000 000

Für Italien und Amerika beginnen die Kriegsschulden erst mit dem Jahre 1915. Die Zahlenreihe „Kleinere Staaten“, die in der Tabelle summarisch vermerkt sind, umfassen die Türkei, Bulgarien, Rumänien, Serbien, Montenegro und die britischen Kolonien. In den für Rußland genannten Zahlen sind die von der gegenwärtigen russischen Regierung vorausgeschickten Summen nicht enthalten, da darüber nichts genügend bekannt ist. Der Ausgabenetat der gesamten Staaten der Welt betrug vor dem Kriege etwa 40 Milliarden Goldmark. Er ist auf mehr als das Fünffache gestiegen. Nach den Veranschlagungen und in Goldmark umgerechnet sind daran beteiligt:

	1920	1913
Amerika mit . . .	25 060 000 000	2 800 000 000
Großbritannien mit . . .	23 680 000 000	3 960 000 000
Belgien mit . . .	12 780 000 000	740 000 000
Österreich mit . . .	9 080 000 000	2 620 000 000
Schweden mit . . .	7 800 000 000	220 000 000
Spanien mit . . .	1 880 000 000	1 220 000 000
Frankreich mit . . .	36 000 000 000	4 080 000 000
Italien mit . . .	15 780 000 000	2 500 000 000
Deutschland mit . . .	52 800 000 000	3 380 000 000
Griechenland mit . . .	1 220 000 000	340 000 000
Norwegen mit . . .	300 000 000	170 000 000
Schweden mit . . .	320 000 000	80 000 000

Die Produktionserträge in Industrie und Landwirtschaft haben sich in Europa um 30—40 Prozent verringert. Zwei Drittel des Vorkriegsstandes der Produktion haben jetzt den fünfjährigen Beitrag an Belastung für den Staat aufzubringen. In Frankreich mehr als das Achtfache, in Deutschland sogar mehr als das Fünffache. Da muß es als vollkommen ausgeschlossen betrachtet werden, auf kapitalistischer Grundlage aus dem Dilemma herauszukommen. Die Tribute an den Kapitalismus müssen die ganze Wirtschaft erdrücken.

Helfen kann nur die völlige Neugestaltung der Wirtschaft, die diese Tribute an die Kapitalisten beseitigt — der Sozialismus!

Was die Deutschnationalen den Arbeitern nicht gönnen!

Die Deutsche Zeitung wandte sich unlängst in einem Artikel scharf gegen den Plan einer Arbeiter-Akademie in Frankfurt a. M., die u. a. Arbeitern auch die Kenntnis der Verwaltungspraxis vermitteln soll. Sie dreht die Geschichte natürlich so, als ob das Unternehmen lediglich den Zweck habe, den wegen ihrer politischen Tätigkeit zu staatlichen Futterkrippen — von Landratsposten angefangen — prädestinierten Arbeitern sozialistischer Anschauung das Nötigste zur reibungslosen Fortführung ihrer späteren beamteten Funktion einzutrichtern und schreit dabei natürlich gottschämmerlich über Parteiherrschaft usw.

Bisher war es so, daß die rechtsstehenden Blätter zeternten, wenn ein nicht mit den Dellen normaler Beamtenlaufbahn gesättigter sozialdemokratischer oder gar unabhängiger sozialdemokratischer Arbeiter, der sich in seiner Partei als kluger Mitarbeiter bewährt hatte, von dieser für eine wichtige politische Beamtenstellung präferiert und gewählt wurde. Nun, da dem angeblichen Mangel verwaltungstechnischer Erfahrung durch die Arbeiterakademie abgeholfen werden soll, ist es ihnen auch wieder nicht recht.

Das macht sie möchten überhaupt keine Arbeiter als beamtete Staatsfunktionäre wirken sehen, weil sie davon eine Verunsicherung ihrer bloßherren Stellung erblicken, und mit Recht erblicken müssen Sie fürchten das Schwenden des Einflusses der Verwaltungspraktiker ihrer politischen Richtung und deshalb werden sie sich dabei als Schlichter der Anwärter aus der normalen Beamtenlaufbahn gerierend, in jedem Falle, wenn ein Parteiarbeiter aus Vertrauen seiner Partei die geheiligsten bürokratischen Kreise stört.

Die Streikunterstützung den Reaktionären, das ist deutschnationaler Grundzug!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. November.

Parteiangelegenheiten.

Bezirk Zentrum (Mit-Leipzig). Freitag, den 5. November, abends 7/8 Uhr, wichtige Funktionärssitzung im Restaurant zur Thomaskirche, Thomaskirchhof 8. Mitgliedsbücher und Material mitbringen. Die Bezirksvertreter.

Mit-Leipzig, Nordbezirk. Genossinnen und Genossen (Crispien-Verdout). Morgen Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr, Zusammenkunft bei Scherpe, Berliner Straße 16. Das Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich. Die Bezirksvertreter.

Politische Obente, Betriebsobente und Betriebsvertrauensleute im Bezirk des Ortsvereins Leipzig-Öst, die auf dem Boden der USPD. (Voritz Crispian-Verdout) stehen, werden für Sonntag, den 6. November, abends 7 Uhr, zu einer kurzen, wichtigen Besprechung nach der Silberpappel, Kirchstraße, gebeten. Parteibuch ist mitzubringen.

Anger. Morgen Freitag, abends 7/8 Uhr, Funktionärssitzung im Angerschloßchen, Zweinaundorfer Straße 19. Alle Genossen und Genossinnen, die gewillt sind, sich an der Wahlarbeit zu beteiligen, werden ersucht, sich zu dieser Sitzung mit einzufinden.

Neustadt. Funktionäre, Genossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, werden Sonntag, den 6. November, abends 8 Uhr, zu einer Besprechung im Restaurant Zonack, Reihner Straße 13, eingeladen. Mitgliedsbuch mitbringen.

Volkmarstorf. Sonntag, den 6. November, abends 7/8 Uhr, Funktionärssitzung im Restaurant zur Silberpappel, Kirchstraße 17. Es werden auch alle Genossen und Genossinnen, die gewillt sind, sich mit an der Wahlarbeit zu beteiligen, gebeten, sich mit einzufinden.

Neuschönefeld. Funktionäre, Parteigenossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, werden für Freitag, den 5. November, abends 7/8 Uhr, zu einer Besprechung im Restaurant Sophienstraße eingeladen. Parteibuch mitbringen.

Sellerhausen. Alle Funktionäre, Parteigenossen und Genossinnen, die an der Wahlarbeit teilnehmen wollen, treffen sich Freitag, abends 7/8 Uhr, im Restaurant zur Krone zu einer Besprechung. Parteibuch mitbringen.

Frauen und Mädchen des Ortsvereins Leipzig-Öst! Heute abend 8 Uhr: Frauenbildungsabend in der Silberpappel, Kirchstraße. Vortrag des Genossen Wildens über Schule und Religion.

Ortsverein Kleinisdorfer. Abt. Genossinnen! Der Kurier der Genossin Gerber beginnt Donnerstag, den 4. November, abends 7/8 Uhr, in der Terrasse. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Ortsverein Wahren. Für die Funktionäre und alle Genossen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, findet eine wichtige Besprechung Freitag, den 5. November, abends 7/8 Uhr, im Vereinslokal Birkenstraße statt.

Der Stimmzettel

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei

der am 14. November bei der Wahl abgegeben wird, enthält nachstehende Namen, die der Kandidatenliste der Liste II entsprechen sind:

- Richard Lipinski, Buchhändler, Markt Ottendorf (Leipzig);
- Wag Bluder, Filialleiter, Burzen;
- Richard Reimer, Stuhlbauer, Hartza;
- Wag Müller, Geschäftsführer, Wittweiba;
- August Uding, Gewerkschaftsangehöriger, Zedtlitz bei Borna;
- August Hennig, Ehefrau, Zweinaundorf bei Leipzig;
- Erich Schilling, Geschäftsführer, Leipzig-Südost.

Am 14. November wählt nur die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Die Stadtverordneten zur Feier des 9. November.

Der Rat von Leipzig müßte nicht dieser Rat, dieses Volkswort der Reaktion sein, wenn er nicht beschloß, am 9. November in allen städtischen Abteilungen den Dienst aufrechtzuerhalten. Nicht umsonst hat die bürgerliche Presse Leipzigs wütend gelobt gegen den Beschluß der bürgerlichen Regierung über die Feier des 9. November. Der Rat weiß, was seine bürgerlichen Auftraggeber von ihm erwarten. Auf eine Anfrage unserer Fraktion erklärte Bürgermeister Koch, die Regierung habe ihren Beschluß über den 9. November aus politischen Gründen gefaßt. Der Rat aber habe sich bei seinem Beschluß nur von wirtschaftlichen Gründen leiten lassen. Diese Bürgermeisterweisheit fand natürlich ihre Unterstützung bei den Vertretern der Kapitalisten. Der Bankier Meyer, der Schneidermeister Bollerhof und der konservative Polizeikommissar Bärner überließen sich gegenständig an Entrüstung über den 9. November, wobei sie wortgetreu die Schmähungen aus den Leipziger neuesten Nachrichten von der Wehrlosmachung des Volkes bis zum Tag der Schmach und Schande herfragten. Bei Herrn Börner ging es selbstverständlich nicht ohne die übliche Judenhetze ab. Es wird niemand einfallen, Herrn Bollerhof zu hindern, am 9. November zertrümmerte Hofenboden zu flucken, wie auch Meyer sicher nicht gehindert wird, wenn er sich am 9. November schämt. Und wenn Herr Börner an diesem Tage einen Juden mehr zum Frischstiel ist, so wünschen wir ihm dazu gute Verdauung. Der unabhängige Redner ließ sich auf eine Auseinandersetzung mit diesen Argumenten des Bürgertums überhaupt nicht ein; begnügte sich damit, den Herrschaften zu sagen, daß ihre Entrüstung nicht einen Deiter wert ist. Gegenüber dem Bürgermeister stellte er fest, daß der Rat als nachgeordnetes Regierungsorgan sich gegen die Regierung auflehnt. Bei der Abstimmung wurde der unabhängige Antrag der vom Rat am 9. November die Schließung der städtischen Bureaus fordert, mit 34 gegen 21 Stimmen angenommen. Bezeichnend ist, daß gegen diesen Antrag auch die Demokratinnen, Frau Mendelssohn Bartholdy und Fräulein Sander, stimmten, außerdem auch die deutschnationale Frau Ackermann, die alle zusammen ohne den 9. November überhaupt nicht in die Lage gekommen wären, im Stadterordneten-Kollektivum zu wirken. Sie können die Resolution nicht leiden, aber ihre Kräfte wenden sie gern; echt bürgerlich! Die ganze reaktionäre Haltung der Bürgerlichen gegen den 9. November ändert nichts an der geschichtlichen Bedeutung dieses Tages, sie wird auch nicht hindern, daß vom Volk im steigenden Maße der 9. November als Feiertag gewürdigt wird.

Die Beratung des Haushaltsplanes begann mit einer großen Anzahl von Zusatzpunkten, sie ging ohne wesentliche Debatte vor sich. Beim Widerstand gab es eine Auseinandersetzung über die Wirtschaft im Stadtbade. Dem Rat wurde gesagt, daß er den ungeeigneten Inspektor des Stadtbades entfernen und dafür den Betriebsrat zur besseren Ausgestaltung des Bades heranziehen solle. Hoffentlich bleibt diese Kritik nicht erfolglos, sonst müßte sich wieder einmal lächerlich über die Bureaufunktionäre gesprochen werden. Beim Konto Friedhöfe wünschte Herr

Jeremias, daß die Gassen für die Leichenfeier besser geehrt würden, weil doch für die Toten sozial Feuerung gebraucht werde. Zu einer längeren Aussprache führte eine Eingabe, in der die Großhändler die Aufhebung des Großmarktes für Obst und Gemüse verlangten. Die Befürworter dieser Eingabe suchten für den freien Handel. Dagegen trat die Linke des Hauses für den Ausbau des Großmarktes ein. Der Rat will die Wünsche der Großhändler berücksichtigen. Er hat auch schon einen entsprechenden Beschluß gefaßt, denn der Stadtrat Hofmann erklärte: Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Stadt noch größere Einkäufe von Waren vornimmt. Der Rat hält es „nicht für ausgeschlossen“, während der Ausbau des Großmarktes bestimmt mit der Übernahme von größeren Einkäufen durch die Stadt verbunden sein muß. Die Stadtverordneten-Mehrheit wird sich klar darüber sein müssen, daß sie dem Rat scharf auf die Finger zeigen muß, wenn der Großmarkt weiter ausgebaut werden soll; der Rat erwies sich auch hier als reaktionäres Volkswerk und als Vertreter der Kapitalisten.

Der Reichswehrminister im gegenrevolutionären Bürgerausschuß.

Reichswehrminister Dr. Geßler war am Mittwoch in Leipzig, um die Reichswehr zu besichtigen. Am Nachmittag sprach er in einer Versammlung, die der reaktionäre Leipziger Bürgerausschuß nach dem Zentraltheater einberufen hatte. Es war ein Stelldichein aller Gegenrevolutionäre Leipzigs. Herr Dr. Geßler paßte in diese Gesellschaft hinein, denn er ist ihr Schirmherr, was aus seinen Darlegungen deutlich hervorging. Zunächst befaßte er sich mit den Fragen der äußeren Politik. Frankreich wolle das Ruhrgebiet besetzen. Ein Generaustreik der deutschen Bergarbeiter, den der Redner im Falle einer Besetzung für selbstverständlich hält, würde nicht erfolgreich sein. Höchstens vier Wochen würden es die Arbeiter aushalten, und das könne Frankreich ertragen. Die deutsche Politik müsse darauf gerichtet sein, den französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet zu verhindern. Wer nun glaubt, der Referent würde eine solche Politik empfehlen, der irr. Zunächst hätte er sich für eine Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren, der Orgesch einlegen müssen, weil das eine Forderung der Entente ist, bei deren Nichtausführung das Ruhrgebiet wirklich in die Gefahr der Besetzung kommt. Dr. Geßler dachte nicht daran, die Beteiligung dieser Wehren zu fordern. Im Gegenteil! Er sagte, diese Organisationen würden sich überall dem besonderen lokalen Charakter anpassen müssen. Der Redner feierte dann den Begründer der Orgesch! Es schmele ihm ein großes Glück zu sein, daß an der Spitze der bayerischen Organisationen Eberich stehe, an dessen absoluter Reichstreue nicht gewweifelt werden könnte. Der Reichswehrminister stellt sich also schüchtern vor die Orgesch, deren Auflösung die Entente verlangt. Und derselbe Mann will eine Politik, die den französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet verhindert. Diese Doppelzüngigkeit zeichnet nicht nur Herrn Dr. Geßler, sondern die ganze Reichsregierung sowie einen großen Teil des Bürgertums, insbesondere die Demokraten, aus. Sie ist es auch, die das Mißtrauen des Auslandes gegen uns hochhält und uns ständig neue Schwierigkeiten herbeiführt.

Dr. Geßler bekam es dann fertig, das Wehrwesen im Innern zu besprechen, das zum Bürgerkrieg führte. Wer dies Wehrwesen nicht will, der darf nicht die Wehrgeheimnisse verheerlichen, das muß sie entwaffnen und auseinanderjagen. Das Spitzelwesen behagt dem Redner auch nicht. Dabei haben es die Gegenrevolutionäre ausgeübt und die Reichswehr hat sich zahlreiche Spitzel bedient.

Der Reichswehrminister sieht dunkle Wolken heraufziehen. Die Not nimmt zu, und er appelliert an die — Vernunft des deutschen Volkes. Er will das wirtschaftliche Elend nicht durch Besetzung des Ruhrgebiets lindern. Preisabbau gibt es nicht. Die Besetzungen sollen weiter die Bestrafen auswirken. Die Reichswehr — und vor allem die „neuen Reichswehr“ — sollen nach Herrn Dr. Geßler die Hungernden nicht dadurch provozieren, daß sie mit ihrem Luxus prunken. Der Luxus soll nicht in den Schaufenstern ausgestellt werden. Auf diese Weise soll beruhigend auf die Darbenden eingewirkt werden. Wir zweifeln stark, daß dies „demokratische“ Rezept helfen wird. Man sieht aber, auf welche bequeme Art sich heute ein Mitglied der Reichsregierung — ein Demokrat — über die furchtbare Not der arbeitenden Bevölkerung hinwegsetzt. Er will, daß sie hungert, er will, daß die Reichswehr einen wahnwitzigen Luxus treiben und ein üppiges Schlemmerleben führen. Es fällt ihm nicht ein, eine gründliche Umgestaltung zu fordern, und deshalb will er nur, daß die Wohlhabenden die Hungernden nicht provozieren sollen. Wo ob davon die Darbenden seit werden.

Der Herr Minister trauerte am Schluß, daß Deutschland nicht ein starkes Heer haben könnte. Er erwiderte dem Charakter der Reichswehr, die zu einem Berufsheer ausgestaltet werden soll. Politische Rechte sollen den Soldaten nicht zustehen. Sie sollen blinde Werkzeuge ihrer Führer sein.

Die Gegenrevolutionäre spendeten Herrn Dr. Geßler einen Beifall! Er hatte ihnen aus dem Herzen gesprochen. Den Notleidenden hat aber der Redner sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß sie von ihm, von der Reichsregierung, von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben. Hoffentlich ziehen sie daraus am 14. November die richtigen Konsequenzen.

Die Kampfanlage der kapitalistischen Bauunternehmer gegen die Regiearbeit.

Im langsamen Fortschritt setzt sich der Gedanke der städtischen Regiearbeit durch. Es ist gelungen, mit Hilfe des Stadterordnetenkollegiums und der Bauarbeiterorganisation die Siedlungsbauten in eigener Regie herzustellen. Die Unternehmer haben mit allen Mitteln versucht, der Öffentlichkeit vorzutäuschen, daß die Regiearbeiten teurer und schlechter ausgeführt sind, als wenn sie im Submissionswesen an die Privatunternehmer vergeben werden. Es ist sogar versucht worden, die Arbeiten zu photographieren, um Unterlagen für die Befämpfung der Regiearbeiten zu schaffen. Weiter ist aus den Versammlungsberichten in den bürgerlichen Zeitungen zu ersehen, daß das gesamte Unternehmertum, die Schloffer- und Tischler-Innung und nicht zuletzt der Bauarbeiterverband in Leipzig den Kampf durch finanzielle Maßnahmen aufnehmen will. Wie die Unternehmer den Kampf gegen die Regiearbeit führen, zeigt folgendes Rundschreiben:

Verband der Bauarbeiter in Leipzig Leipzig, 20. Oktober 1920 und U. g. Jur. Pers.

Personlich. Sehr geehrter Herr Mitmeister!

Die Hauptversammlung am 5. Oktober hat beschlossen, einen Kampffonds für den Verband zu schaffen, um dem Vorstand die Mittel an die Hand zu geben, die er zur Durchführung der jetzigen außerordentlichen brennenden Aufgaben unbedingt haben muß. Es gilt, jetzt mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf zu führen gegen: Sozialisierung, Kommunalisierung und Regiearbeit, also einerseits dieser Totengräberarbeit entgegenzuwirken, andererseits Maßnahmen zu treffen zur Förderung der Bauwirtschaft und zur Abwendung der bedrohlichen Erwerbslosigkeit, ferner unsere Verbandseinrichtungen auszubauen (Nachgruppenbildung, Arbeitsauslässe), damit alle notwendigen Arbeiten in zweckmäßiger Weise bis rasch erledigt werden.

Die Hauptversammlung ist über den Antrag des Vorstandes erzieherische wesentlich hinausgegangen und hat in Betracht der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Beschaffung ausreichender Mittel einen Beitrag von 5.— M. für das Tausend vor-

jährlicher Lohnsumme festgesetzt. Wir hoffen, daß nun auch alle Mitglieder sich der Ehrenpflicht entledigen werden, den auf sie entfallenden Beitrag an die Verbandskasse abzuführen.

Besonders wollen wir darauf hin, daß nach Meinung der Versammlung die vorjährige Lohnsumme nicht der strenge Maßstab sein soll, wo sie einmal weniger hoch gewesen ist.

Es handelt sich hier um ein Notopfer, das wir ausschließlich für die Verbesserung der Lage in unserm eigenen Gewerbe bringen wollen. Da kann es kein kleinliches Abwarten und Knauern geben.

Bitte lassen Sie sich nicht erst mahnen. Mit deutschem Gruß! gez. Hans Kretschmar, Vorsitzender.

Das Rundschreiben zeigt, daß die Unternehmer keine Mittel scheuen, die Regiearbeiten zu bekämpfen. Sie lassen sich den Kampf etwas kosten, weil sie hoffen, sich dadurch ihre Profite zu sichern. Es wird deshalb der erhöhten Wachsamkeit der Hand- und Kopfarbeiter des Baugewerbes und aller Befürworter der Regiearbeit bedürfen, um den Vorstoß der Bauunternehmer abzuwenden.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Dienst in den städtischen Betrieben am 9. November. In der Gesamtsitzung beschloß der Rat, am 9. November den Dienst in allen städtischen Abteilungen und Betrieben in vollem Umfang (wie an anderen Werktagen) aufrechtzuerhalten. In den Schulen muß der Gesamtunterricht gemäß der Anordnung des Gesamtministeriums ausfallen. (Siehe den Beschluß des Stadterordnetenkollegiums vom 3. November.)

Der Vertrag der Stadtgemeinde Leipzig mit den Landgemeinden Dösch-Marktseeberg und Gohlitz wegen der Grenzregelung usw. entlang der Koburger Straße wurde vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten genehmigt.

Parkanlagen als Spielplätze. Nach dem Vorlage der beteiligten Stellen wurde beschlossen, im Schönefelder und im Stünzger Park Plätze zu Spielwägen freizugeben.

3. Volksschule. Arbeitereltern! Ihr seid bisher sehr sparsam gewesen im Besuch unserer Elternversammlungen. Diesmal fällt ihr den Anhängern der weltlichen Schule in den Rücken, wenn ihr nicht erscheint. Deshalb kommt Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr, in Massen in die Versammlung. Tagesordnung: Die Frage des Religionsunterrichts vor der Entscheidung.

Elternabende. 8. Volksschule. Montag, den 8. November, abends 7/8 Uhr, im Schulaale: Der Religionsunterricht vor der Entscheidung (Lehrer Börner). — 24. Volksschule. Freitag, den 5. November, abends 6 Uhr, im Schulaale (Kleindorf, Oststraße 26/27): Wie entscheiden wir uns in der Frage um den Religionsunterricht? (Lehrer Bibrad). — 25. Volksschule. Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr, im Schulaale: Die Frage des Religionsunterrichts vor der Entscheidung (Lehrer Blich). — 42. Volksschule, Freisenstraße. Freitag, den 5. November, abends 7/8 Uhr, in der Aula: Die Religionsfrage vor ihrer Entscheidung (Lehrer Schau). Im eigenen Interesse müssen alle Eltern vertreten sein. Lehrer- und Elternrat. — 17. Volksschule, Karl-Vogel-Straße. Freitag, den 5. November, abends 7/8 Uhr, im Schulaale: Die Frage des Religionsunterrichts vor der Entscheidung. Genossinnen und Genossen sowie Freunde unserer Sache, sorgt dafür, daß diese Versammlung zu einer wichtigen Rundgebung für die weltliche Schule wird. — 15. Volksschule, Leipzig-Neustadt. Freitag, 5. November, abends 7/8 Uhr, im Schulaale: Die Frage des Religionsunterrichts vor der Entscheidung (Lehrer Schumpelt).

Hauptpreis für Rübensaft. Durch Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 21. Oktober 1920 ist der Kleinhandverkaufspreis für 1 Pfund Rübensaft (Rübensaft, Rübenkraut) auf 2,00 M. festgelegt worden. Der Großhandverkaufspreis beträgt 2,00 M. und der Großhändlerverkaufspreis 2,30 M. für 50 Kilogramm. Das Vermischen von Rübensaft mit Melasse ist nach der Verordnung unflathhaft. Wer den Vorschriften zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft.

Enteignung von Brennstoffen. Die im Monat Oktober vom Kohlenamt durchgeführten Enteignungen von Brennstoffen in Haushaltungen und Hausbrandbetrieben waren in 20 Fällen von Erfolg. Insgesamt wurden 1020 Zentner Briketts = 51 Tonnen enteignet.

Die verhaßte Internationale. Aufklärung der Arbeiterchaft in proletarischen Sinne scheint der Weltfirma Wähler, Lindemann, nicht angenehm zu sein! Sie verbot dem Betriebsrat den Anschlag der vom Arbeiter-Bildungs-Institut herausgegebenen „Blatte, die auf die vom Berliner Bahnhalle-Theater veranstalteten Vorstellungen aufmerksam machen. Die „Internationale“ genügt der Firma schon, um den Wachsen zu verhindern, wegen der „Lohn in dem Namen liegenden politischen Tendenzen“, wie die Firma sich ausdrückt. Trotz Verbotes des Auswärtigen ist aber dafür gesorgt, daß die Arbeiterchaft diese Vorkellungen beachtet.

Die Wiedereröffnung des Volkshausbades Nord an der Entenfelder Straße ist, nachdem nunmehr die Instandsetzungsarbeiten beendet sind, erfolgt. Das Bad ist außer Montags geschlossen: Dienstags bis Freitags von früh 9 bis abends 7 Uhr, Sonnabends von früh 9 bis abends 8 Uhr, Sonntags vormittags von 8 bis 12 Uhr.

Seitenerbeit. Die Tapissierfabrik Brandenburger Straße 16 sucht in den Zeitungen Erdarbeiten. Sie läßt kleine Decken mit Stidereien versehen und zahlt für eine Decke 55 Pfa. und 10 Prozent Feuerungsulage! Eine Frau fertigt an einem Tage zwei Decken an und bringt es auf einen Verdienst von 1,12 M. Und keine Behörde wendet sich gegen diese unehrdete Ausnutzung der Notlage armer Frauen.

Fleisch und Wurstverkauf. Von 9 Uhr an: Baymearten, Südrich-Platz 17, Hüblich-Kleinisdorfer, Schellenberger-Lindemann, Geßler-Lindemann, Wolf-Kleinisdorfer, Pöhl-Unger, Hoffmann-Wächterstraße (Fleisch und Gehadtes), Schönberg-Feldstraße (Fleisch und Gehadtes).

Lebensmittellisten für Freitag, den 5. November. Für Haushaltungen. Anmeldung: Kartoffeln für Kriegerwitwen und Kriegereltern. Buchstabe L-Z, im Ortsamt für Kriegerfürsorge, Nonnenmühlengasse 8, 8—1 Uhr.

Pollzeinachrichten.

Kaninchenfall. Am 2. d. M., abends 7/8 Uhr, sind in dem Schotoladengeschäft eines Fräulein Müller, Südstraße 2, zwei junge Männer erschienen. Einer von ihnen begab sich sofort nach einem an den Laden angrenzenden Raum, in dem sich die Geschäftsinhaberin aufhalten pflegt, packte diese, ehe sie recht wußte, was ihr geschah, an der Gurgel und würgte sie. Der andere Burche war im Ladenraum zurückgeblieben, um hier seine Beute zu machen. Es war der Heberfallene jedoch noch möglich, laut um Hilfe zu schreien, worauf ihr Angreifer von ihr abließ und mit dem andern eilte die Flucht ergriff. Während er selbst leidet, entkam, wu de sein Komplize durch einen Passanten verfolgt, festgehalten und später der hinzugeworfenen Polizei übergeben. Der Entkommene soll nach Angabe des Festgenommenen Walter Weidlich heißen, etwa 23 Jahre alt, aus Falkenstein und ein ehemaliger Höljgardist sein. Beide hatten einige Stunden vorher in dem Geschäft eine Tafel Schotolade gekauft, offenbar nur, um die Gelegenheit zu dem geplanten Kaninchenfall auszunutzen. Der angebliche Weidlich wird beschreiben als etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß, stark gebaut, blondhaarig, mit Bartansatz und mit einem blauen Anzug, grauem, weichen Filzhut und schwarzen Schuhen versehen. Wer über diese Person und ihren Aufenthalt Auskunft geben kann, wolle schnelligst der Kriminalabteilung Mitteilung machen.

Jimmie Higgins.

Von Upton Sinclair.

VI.

Sie schritten, nun etwas langsameren Schrittes, zur Stadt zurück. Der Kandidat fragte Jimmie nach seinem Leben, und Jimmie erzählte die Lebensgeschichte eines Sozialisten — nicht die eines Führers, eines „Intellektuellen“, sondern die eines „Gemeinen“.

Jimmie erzählte weiter. Mit neun Jahren war er zu einem Holzjäger gekommen, der ihn sechzehn Stunden am Tage zu arbeiten zwang und ihn überdies noch prügelte. Jimmie war, dieses Leben überdrüssig, fortgegangen. Zehn Jahre lang hatte er als Gassenjunge in den Städten und als Landstreicher gelebt. Er hatte allerlei über Maschinen gelernt, in einer Garage gearbeitet und schließlich, zu einer Zeit, da Not am Mann war, eine Stelle in der „Empire-Maschinenfabrik“ bekommen.

„Danke.“ — entgegnete der Kandidat und legte die Hand auf Jimmies Schulter. „Erzählen Sie mir, wie Sie Sozialist geworden sind.“

Das sei ganz von selbst gekommen, lautete die Antwort. In der Fabrik arbeitete ein Bürsche, der unentwegt politisierte; Jimmie hatte ihn zuerst ausgelacht; sein Leben hatte ihn mißtraulich gemacht; jegliche Politik schien ihm bloß eine neue Möglichkeit einen weiteren Krampf zu tragen und von den Arbeitern leben zu können. Doch war der Bürsche immer wieder auf das gleiche Thema zurückgekommen, und als Jimmie für einige Monate arbeitslos wurde und die Familie hungern mußte, fand er zum Nachdenken Zeit.

„Wie lang ist das her?“ — fragte der Kandidat. „Drei Jahre.“ „Und Sie haben Ihre Begeisterung noch nicht verloren?“ — Diese Frage klang so eindringlich, daß Jimmie verblüfft wurde. „Nein, entgegnete er, dies ist nicht meine Art. Was auch immer geschieht, er werde weiter arbeiten für die Befreiung des Proletariats. Er wird vielleicht den neuen Tag nicht mehr erleben, doch werden seine Kinder ihn sehen, und jedermann ist bereit, wie ein Pferd für seine Kinder zu arbeiten.“

Sie erreichten die Stadt, und der Kandidat drückte herzlich Jimmies Hand. „Ich möchte Ihnen sagen, Genosse, wie gut mir dieser kleine Ausflug tat. Ich schulde Ihnen viel Dank.“

„Sie haben mir neue Hoffnung und neuen Mut gegeben, zu einer Zeit, da mir dies äußerst notat. Ich kam frühmorgens in diese Stadt und wollte mich ausziehen, doch ließ mich das Entschließen, das in Europa geschieht, keine Ruhe. Ich fandte ein Duzend Telegramme ab und wagte nicht, in mein einfaches Hotelzimmer zurückzukehren. Jetzt aber ist mir von neuem klar geworden, daß unsere Bewegung zu tief im Herzen des Volkes wurzelt.“

Jimmie ätzte vor Erregung, er suchte nach Worten und vermochte bloß zu flammeln: „Ich wollte, ich könnte dies jeden Sonntag tun.“

„Ich wollte es auch“ — erwiderte der Kandidat.

VII.

Sie strebten die Hauptstraße entlang. Auf dem Trottoir hatte sich eine große Menge gesammelt. „Was gibts dort?“ fragte der Kandidat. Und Jimmie erklärte ihm, dies sei das Bureau des „Herold“. Wahrscheinlich seien neue Nachrichten eingetroffen. Der andre beschleunigte seinen Schritt, und Jimmie eilte stumm an seiner Seite dahin; er wußte, daß die Last des Weltentendes wieder auf seines Helden Schulter gefallen sei. Sie hatten die Menge erreicht und sahen an der Mauer des Zeitungsbureaus ein Telegramm angehängt. Doch standen sie zu weit, um es lesen zu können.

„Was gibt es?“ fragten sie die Umstehenden. „Die Deutschen marschieren durch Belgien; außerdem sind in Deutschland eine Menge Sozialisten erschossen worden.“

„Wie?“ Des Kandidaten Mund umkrampfte Jimmies Arm. „Reinigtens wird dies berichtet.“ „Mein Gott!“ rief der Kandidat. Er bahnete sich einen Weg bis zu dem Telegramm, und Jimmie drückte ihm nach. Eine kurze Nachricht besah, daß etwa hundert deutsche sitzende Sozialisten, welche die Mobilisation zu verhindern versucht hatten, erschossen wurden. Jimmie und sein Begleiter starrten auf die Worte, bis sie von neu ankommenden Leuten fortgeschoben wurden. Sie verhielten eine Weile abseits der Menge der Kandidat starrte stumm ins Leere, und Jimmie starrte auf den Kandidaten. Beide schwiegen; hätte sich die Nachricht auf Wollstücker der Leessidler Gruppe bezogen, sie wären nicht tiefer erschüttert gewesen.

Das Gesicht des Kandidaten drückte so großen Schmerz aus, daß Jimmie unbewußt nach Trostworten suchte: „Reinigtens haben sie ihr mächtigstes Aetna“ — stiftete er.

Der andre brach lächeln aus: „Sie sind Helden; Sie haben die Revolution „sozialist“ für ewige Zeiten angeheißt!“ — Seine Worte sprudelten hervor, als hätte er eine Weile — so stark ist eine Lebenslange Gewohnheit. Sie haben ihre Namen unbeschädigt auf das Ehrenbanner der Menschheit geschrieben. Was lebt auch immer gesehen man, Genosse, die Kompanie hat sich verschlechtert! Und dieses Ereignis wird die ganze Zukunft verändern.“

Er schritt die Straße entlang, mehr zu sich selbst als zu Jimmie sprechend; die Mücke seiner Vision trug ihn in weite Fernen, und sein Gefährte wußte nicht mehr recht, wo er sich befände. In späteren Zeiten dachte Jimmie dies Erlebnis das wunderbarste Stück seines ganzen Lebens und er erzählte es, früher oder später, jedem Sozialisten, mit dem er zusammenkam.

Nach einer Weile machte der Kandidat Halt. „Ich muß ins Hotel gehen, Genosse, einige Telegramme abschicken. Erklären Sie's dem Komitee, ich möchte nur Abend niemand sehen. Werde schon allein zum Opernhaus finden.“

Zweites Kapitel.

Jimmie Higgins kauft einer Rebe.

I.

Im Doornhaus waren Genossin Mabel Smith, Genosse Reihner, Genosse Goldstein, der Sekretär der Partei, und die drei Mitglieder des Empfangskomitees; Genosse Norwood, der junge

Rechtsanwalt, Genosse Dr. Serolce und Genosse Schulze von der Teppichwebereigewerkschaft verammelt. Jimmie stürzte atemlos zu ihnen herein: „Wissen Sie es schon?“

„Was denn?“ „In Deutschland wurden hundert Sozialistenführer erschossen!“

„Herr Gott!“ rief Genosse Schulze entsetzt; er hatte einen Bruder in Leipzig, der an einer sozialistischen Zeitung Redakteur war und sich im dienstpflichtigen Alter befand.

„Wo haben Sie es gelesen?“ fragte er, und Jimmie berichtete, was er wußte. Allgemeine Verwirrung entstand, von allen Seiten kamen Leute gelaufen, Fragen, empörte und klagevolle Rufe wurden laut. Auch hier war es, als sei gegen Leessidler Genossen ein Verbrechen begangen worden — so sehr fühlten sich alle eins mit den Opfern. In einer Stadt, die eine Brauerei besaß, gab es natürlich viele deutsche Arbeiter; doch wenn dem auch nicht so gewesen wäre, das Gefühl wäre das gleiche geblieben, denn die Sozialisten der ganzen Welt waren eins; Internationalismus war die Seele der Bewegung. Da der Kandidat entdeckte hatte, daß Jimmie Sozialist sei, so war gleich jede Vorstellung unnötig; sie fühlten sich sofort als Freunde, und das gleiche wäre bei einem Genossen aus Deutschland, Japan oder dem innersten Afrika der Fall gewesen — selbst wenn er kein Wort Englisch gesprochen hätte; das Wort „Sozialist“ genügt.

Eine Weile waren aller Gedanken mit Deutschland beschäftigt, schließlich jedoch erwähnte einer einen lokalen Verdrüss; der Kandidat war nicht angekommen. „Aber er ist doch hier!“ rief Jimmie aus. „Wie aufmerksam wandte sich ihm zu. „Wo?“

„Er kam heute morgen an.“ „Weshalb haben Sie uns dies nicht mitgeteilt?“ Genosse Dr. Serolce vom Empfangskomitee sprach in scharfem Ton.

„Er wollte nicht, daß man es wisse“, entgegnete der harmlose Jimmie.

„Wie, er wollte, daß wir vergebens auf den Bahnhof gehen und glauben sollen, er habe uns im Stich gelassen?“

Freilich, der Zug war längst angekommen! Jimmie hatte ihn und das Empfangskomitee ganz vergessen und war nun unglücklich genug, sein Verbrechen zu gestehen. Er erzählte, wie er mit dem Kandidaten aufs Land hinaus gewandert, wie sie im Fiv gebadet, heimkehrend das Telegramm gelesen hatten; er berichtete, wie sich der Kandidat verhalten und was er gesagt habe. Der arme Jimmie glaubte in seiner Unschuld, alle würden seine Begeisterung nachfühlen, und als bei der nächsten Lokalversammlung Genosse Dr. Serolce einen seiner Vorschläge äußerst scharf ablehnte, mußte der kleine Maschinenbauarbeiter, wozu er diese Kränkung verdient habe. Jimmie schloß eben jeder Sinn für das Weltliche; er verstand nicht, doch ein wohlhabender Arzt, der sich aus reiner Menschlichkeit der Bewegung anschloß, sein Prestige und einen Teil seines Vermögens sich selbst zum Schaden opfert, mit Recht eine gewisse Ehrfurcht von den Jimmie Higgins dieser Welt und sogar von einem Kandidaten erwarten dürfe.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Herbstkonzert des Männerchors Leipzig-West. Man hört sich nie satt an dem vorbildlichen Chorgesang, wie ihn diese Sängerschaft unter ihrem Führer Michael Liebowitz pflegt. Schwanlungen in den Leistungen (Indisposition u. dergl.) vermögen nicht an dem Gesamturteil zu rütteln, daß hier die Arbeiter-Sängerbewegung einen Gipfelpunkt erreicht hat, eine Höchstentwicklung des Kapella-Männerchors nämlich. Daß nun in anderer Richtung noch große und mindestens ebenso dankbare Aufgabe für die Arbeiter-Sängerschaft erwachsen — ich denke an gemischte Chöre Chorwerke mit Orchester usw. —, das steht auf einem andern Blatt. Die Kernzellen für alle Entwicklung (und zwar sehr nötige Entwicklung) liegen in solchen durchgeordneten Sängerschaften, die in jahrelangem, heiligem Bemühen sich die Grundlaagen künstlerischer und technischer Art (Notenkenntnis, Stimmbildung usw.) erwerben, Grundlagen, die z. B. den bürgerlichen Chören dank ihrer Geldsachverhalte auf Bildung und Kultur bisher der gewissen Vorsprung waren. Leipzig's Arbeiter-Sängerschaft weiß auch sehr wohl, was sie an den „Mittelständlichen Chören“ hat. Der Saal des Palmengarten war trotz herrlicher Frostkälte reihum reichlich besetzt, und herzlichster Beifall lohnte die Sänger, die an Zartheit der Stimme und ausdrucksvoller Singsweise nicht einem einmal Erstaunliches boten. Auch der Altinarrin Hcl. Adam dankte die Zuhörerschaft lebhaft für die Volkslieder aus aller Herren Länder, insbesondere für die ergelzenden russischen Volksweisen.

Niederverein. Das erste Konzert dieses Winters brachte Kirchenmusik des 19. Jahrhunderts. Mehr Lust wie Kirche! Die naive Gläubigkeit der Alten geht den aufklärten Söhnen des kapitalistischen Zeitalters ab. Nicht mehr hoffnungsvolles Gebet ist einem Hugo Wolf einem Ritter oder Cornelius das Musizieren, sondern Gröbeln, Zwickeln, oft auch Verzweifeln. Oder aber es bricht sich das christliche Musikantenherz durch, wie bei Peter Cornelius des öfteren, und findet seine tiefste Quelle herunter, ohne sich allzu viel um Kirche und fromme Worte zu kümmern. Dabei kommt dann aerobes bei Cornelius, diesem bis ins tiefste müsterfüllten Hüßler, etwas Gutes heraus. Daß der Niederverein gutes Stimmenmaterial hat, ist eine Folge der sozialen Ordnung, die seinen Mitglidern gestattet, den Wohlstand zu haben. Daß diese wohlhablichsten Stimmen aber des öfteren falsch klingen, beweist, wie wenig die Inhaber besagter Reichtümer ihre Vorzugsstellung verdienen.

Weiterer Abend von Gustav Herrmann. Wenn Pachen wirklich so gesund ist, wie behauptet wird, so müssen die Zuhörer dieses Abends sich sehr gesund gemacht haben. Insbesondere die Besprechungen aus dem Doha-Kreis, die Ereignisse jener Ereignisse der Literaturgeschichte, Dadaisten genannt, wurden mit erhebnendem Gelächter aufgenommen. Die sonstige Kurzweil war etwas unterbunt gewirft, von dem alten Vova Geller bis zu Rebekka und Pantentraf sich so ziemlich alles, was je mit Humor die Pater schlug. Gustav Herrmann gab in Ton und Gesten den Kindern der heiteren Muse behaucht Leben.

Städtische Theater. In der Reueinstudierung von Schillers Jungfrau von Orléans zum Geburtstag des Dichters am 10. November im Alten Theater spielt Marparete Anton die Titelrolle. Die Adriaen Rollen sind folgendermaßen besetzt: Der König: Hans Zeise-Gött; Nabean: Käte Wittenberg; Agnes Sorel: Martina Otto-Morgenstern; Burgund: Wilhelm Walter; Dunois: Lothar Köhner; Erzbischof: Oskar Berger; La Hire: Herbert Köhner; Du Chatel: Alfred Schlangel; Raoul: Eugen Thorer; Talbot: Ewald Schindler; Lionel: Lutz Schulz; Kastell: Gustav Colmar; Engländer Herold: Wllh. Ernst; König: Karl Edert; Triton: Karl Huth; Roland: Adolf Mühs; Bertrand: Hans Böter; Montmorency: Werner Herrmann; Der schwarze Ritter: Erik Reiff; Köhler: Artur Nilsen; Der weiße Ritter: Marie Schippang, u. a. Inszenierung: Dr. Koeniger.

Die Internationale wird heute 1/8 Uhr im Schäfershaus, Sellaerhausen, aufgeführt.

Soz. Redo- und Besprechend. Braustraße Nr. 17, heute abend 1/8 Uhr Diskussion.

Der Leipziger Konzertverein hielt im Zoologischen Garten eine Sitzung des Hauptauschusses ab. Die Hoffnung, daß sich auf den ersten Aufruf genügend Mitglieder melden würden, um nach dem Vorbild der Volksbühne eine Anzahl Reihen von Anrechtsonzerten veranstalten und dadurch die finanzielle Grundlage für ein eigenes Orchester schaffen zu können, hat sich nicht erfüllt. Die Zahl der eingekerkerten Mitglieder ist auf etwa 2000 beschränkt geblieben. Der Verein mußte infolgedessen von der Verpflichtung eines eigenen Orchesters Abstand nehmen und seine Konzerte mit einem bereits bestehenden Orchester veranstalten. Dazu war in erster Linie das Philharmonische Orchester in Aussicht genommen. Die Verhandlungen mit Kapellmeister Thormet scheiterten aber, weil Herr Thormet dem Verein nicht Freiheit in der Wahl des Dirigenten zugestehen wollte. Darauf konnte der Vorstand aus künstlerischen Gründen nicht eingehen. Er wählte zum Dirigenten Herrn Kapellmeister Hermann Scherchen, der sich als Dirigent der neuen Musikgesellschaft in Berlin einen außerordentlichen Ruf erworben hat. Da für diesen Dirigenten das Philharmonische Orchester nicht zur Verfügung gestellt wurde, mußte man ein andres Orchester vorzuziehen. Die Wahl fiel auf das Leipziger Tonkünstler-Orchester, das von der Firma Grottrian-Steinweg subventioniert wird und die Bezeichnung Grottrian-Steinweg-Orchester erhielt. An den Bericht des Vorstandes schloß sich eine Aussprache, in der das Vorgehen des Vorstandes gebilligt, aber für die Zukunft eine Konzentration der Orchester als erstrebenswert bezeichnet wurde. Anschließend daran wurden Ergänzungswahlen zum Vorstand vorgenommen. Die Herren Prof. Robert Tschammer und Ewald Grünig (Firma Grottrian-Steinweg) wurden zu Vorstandsmitgliedern gewählt.

Preisauschreiben für ein Geschichtswerk. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht erläßt ein Preisauschreiben zur Schaffung eines Werkes über die Geschichte des deutschen Volkes vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Das Buch soll im Rahmen der politischen Geschichte in großen Zügen die allgemeine zeitliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands darstellen mit dem Ziele, Verständnis zu wecken für das Wesen des neuen Staates. Das für welche Kreise bestimmte Werk soll in wissenschaftlichem Geiste und in klarer, fesselnder Form geschrieben sein und einen Umfang von etwa 20 Druckbogen (Dinar) keinesfalls überschreiten. Die Handschriften sind bis zum 1. Juli 1921 beim Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 120, einzureichen. Der Verfassername ist in einem verschlossenen, mit Kennwert versehenen Umschlag beizufügen. Als Preise sind ausgesetzt: 5000 Mk., 3000 Mk. und 2000 Mk. Die Prüfung der Arbeiten haben übernommen die Professoren Brandt, Ludo Hartmann, Albert Meier, Reimede. Die preisgekrönten Arbeiten bleiben Eigentum der Verfasser, mit denen sich das Zentralinstitut wegen etwaiger Herausgabe verständigen wird.

Eingelaufene Schriften.

Max Barthel, Die Faust. Dichtung. Gustav Kiepenheuer Verlag, Preis 14 Mk. Sommerkalendar 1921, herausgegeben vom Verkehrsverband für Pomern und die Insel Rügen. Verlag von W. Bauhwitz, Stettin. Preis 5 Mk. und 3 Mk. Daiberi Reim, Der Lehmbau. Ein Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Mit 65 Bildern auf 4 Tafeln. J. W. Neuhards Verlag, Leipzig. Preis 16 Mk. Die bunte Welt. Lieder und Leute in Dichtern Worten. Herausgegeben von Dr. Ed. Eiser. Bildschmuck von W. Reich. Die Fremden Erzieher. Verlag von R. Oldenburg, München. Preis geb. 10 Mk. Vorzugsausgabe auf gutem Papier nach in diesjährigen Pappband 15 Mk. Bruno H. Fürgel, Du und das Weltall. Ein Weltbild. Nr. 81 der Zellenbücher. Verlag von Dietz u. Weber, Göttingen. Preis 5 Mk. Flemmings Generalkarten. Nr. 9 Europa und Ostrumelien. Maßstab 1:1.000.000. 10. Auflage. Verlag von C. Neumann u. C. T. Wistoft, Berlin W. 50. Preis 3 Mk. und 3 Mk. Otto Kilian, Der Angene Kerker. Dichtungen aus der Gefängniszeit. Volksbuchhandlung Halle a. S. Franz Katos, Revolutionäre Gerichtsbarkeit. Verlag des Arbeiterbuchhandlung, Wien 8, Alferstr. 60. Preis 2 Mk. Proletarier Jugend. Aus dem Inhalt der sieben ersten Nummern Nr. 16: Psalmen, Nun gibt es Brüder, Unter die Welt — trohaletem. Graf, Der Kapitalismus und seine Entwicklungsgeschichte. E. Stein, Was ist Sozialismus? Hendel, Das Ausnahmegericht. S. A. M. A., Jugendbewegung und sexuelle Frage. Däumig, Von der Treue gegen sich selbst und gegen seine Mitmenschen. Morris, Die Erziehung im Zukunftstaat. Marggraf, Lob des Witen. Richter, Moderne Käsel. Eschbach, Volkstum. Kipling, Brian und Nini. Der Eigene, Zeitschrift für Freundschaft und Freiheit. Ein Blatt für männliche Kultur. 8. Jahrgang. Erscheint jeden Freitag. Redaktion und Verlag von Wolf Brand, Wilhelmshagen bei Berlin. Preis jeder Nummer 1 Mk. Laotze, Mensch werde weise! Ausgewählte Sprüche, deutsch von Klabend. Mit Zeichnungen von Helmuth Körber. 2.50 Mk. Verlag Fritz Hender, Berlin-Jehendorf. Hans Offenbach, Dreiklang. Aus dem hohen Lied der Lebensübergänglichkeit. Volksverband der Bücherfreunde, Wegweiser Verlag, Berlin W. 50. Wie spare ich Postgebühren? Die zulässigen und unzulässigen Druckarten nach amtlichen Bestimmungen für die Allgemeinheit und die Geschäftswelt. Bearbeitet von Max Füllhauer, Postsekretär. Verlag für Kunst und Wissenschaft, W. Otto Paul, Leipzig. Preis 50 Pf. Schweizerische Graphik seit Hodler. Herausgegeben von Dr. Albert Baur. Mit 85 Abbildungen. Basel und Leipzig, im Rhein-Verlag. Gebunden 12 Mk. Der Antiphilist. Maler Dittell. Kalendar. Herausgegeben von Dr. Jules Coulin. Mit 60 Abbildungen. Basel und Leipzig im Rhein-Verlag. Gebunden 12 Mk. Landrechtstun (Niklaus Manuel, Urs. Graf, Hans Hoflein, Tobias Stimmer u. a.). Herausgegeben von Dr. Albert Baur. Mit 36 Abbildungen. Basel und Leipzig, im Rhein-Verlag. Gebunden 12 Mk. Merian, Schöne alte Schweiz. Herausgegeben von Dr. Albert Baur. Mit 48 Abbildungen. Basel und Leipzig, im Rhein-Verlag. Gebunden 12 Mk. Die Weltliteratur. Nr. 44: Peter Hille, Skizzen, Erzählungen, Gedichte. Verlag Die Weltliteratur, Berlin SW. 48. Preis der Nummer 70 Pf. A. Somwefeld, Der Antikommunismus, eine Rassenfrage. Berlin-Continent, Berlin-Kriemhild. Preis 5 Mk. K. W. Huber, Europas neue Kunst und Dichtung, Ernst Rowohlt Verlag. Berlin 35. Preis 10 Mk., geb. 15 Mk., Halbleder signiert 50 Mk.

Gerichtssaal

Schwurgericht.

Schwerer Straßenraub. Joseph Delnikaiti, Kucharitz, Zwarski und die zwei Brüder Schall haben am 15. August u. s. f. auf der Straße Leipzig-Deutzen das Fuhrwerk des Kohlenwerks Kraft 2, auf dem sich der Kassierer des Werks befand, überfallen; sie haben dem Kassierer, Wagenführer und Beifahrer Pistolen und Knüttel vorgehalten und den Kassierer gezwungen, 65 000 Mk. Rohangelber herauszugeben. Sie sind dann geflohen; die drei Überfallenen haben die Verfolgung aufgenommen, mußten sie aber aufgeben, da sie nicht bewaffnet waren und auf sie geschossen wurde.

wurde, Zw., Ku. und die beiden Sch. sind entwischt und sollen nach Polen entflohen sein. Del., welcher von der Beute 8000 Mk. erhielt, hat man am 25. April d. J. in Magdeburg verhaftet, wo er mit seiner Geliebten Marianne Karbowiat zusammenwohnte. Del. gab in der Verhandlung an, den Ku. in einem hiesigen Tanzlokal kennen gelernt zu haben; dieser habe ihn nun zur Teilnahme an dem Überfall überredet. Er will keine Rasse besitzen haben und nichts weiter als die Pferde gehalten haben, während die übrigen das Geld abnahmen. Seiner Geliebten habe er 5000 Mk. zur Aufbewahrung gegeben; sie hat auch das Geld genommen, obwohl sie wußte, daß das Geld von dem Raub stamme. Das Gericht verurteilt Delnikaiti wegen schweren Straßenraubs zu 7 Jahren Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust und die

Marianne Karbowiat wegen Schlerer zu 8 Monaten Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

A. S., Schenkenbergstr. 2. Sie müssen der Aufforderung Folge leisten. P. S., Ja, wenn die Eltern bereits am 1. August 1914 in Nürnberg wohnten. — 1 Mk. für die Parteikasse. D. W., 1. Teil Sie können gezwungen werden, 2. 50 Mk. Es werden auch bis 100 Mk. gezahlt, 3. Teil A. J., Das Konjunkt befindet sich in Berlin. An seine Adresse können Sie das Geschick richten.

Ämliche Bekanntmachungen.

2000 Mark Belohnung!

Am 1. d. M., nachmittags zwischen 4 u. 5 Uhr, während der Fahrt mit der Straßenbahn Linie 10 von Gohlis bis zur Rohstraße oder beim Aussteigen am Rohplatz, ist ein Platinarmband mit 1 Brillanten, bestehend aus kleinen länglichen Edelsteinen in 2 Reihen verlorene worden. Die Verlustträgerin hat auf Wiedererlangung des Armbandes eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt. Der Finder wird gebeten das Armband baldmöglichst bei der Kriminalabteilung abzugeben; wer sonst sachdienliche Wahrnehmungen gemacht hat, wolle diese schnellstens der Kriminalabteilung zu Nr. V, B II 3564 20 mitteilen. Leipzig, den 3. November 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Öffentliche Bekanntmachung.

St.-N. XVI. W. 2/20. In der Strafkammer gegen den früheren Schriftführer, hiesigen Handelsvertreter Bruno Meiner Kuhn in Leipzig-Blasewitz, Kohlfeldstraße 1 wegen Breiswuchers. Die dritte Strafkammer des Landgerichts Leipzig als Untersuchungsgericht am 2. Oktober 1920 für Recht erkannt: Der Angeklagte wird wegen Breiswuchers im Sinne von § 1, Ziffer 1 der Breisstreitberei-Verordnung vom 8. Mai 1918 zu einem Monat Gefängnis und zwanzigtausend Mark Geldstrafe folternpflichtig verurteilt. Falls die Geldstrafe uneinbringlich ist, tritt an ihre Stelle Gefängnis.

und zwar für je fünfzehn Mark je ein Tag, bis zur Höchstgrenze von einem Jahr. Der Liebergehalt von zwanzigtausend Mark wird eingezogen. Leipzig, am 22. Oktober 1920. Die Staatsanwaltschaft.

Mit Zustimmung der Stadtverordneten vom 27. Oktober 1920 sind die Strompreise des städtischen Elektrizitätswerkes wie folgt festgesetzt worden:

Table with 3 columns: Category (I Kraftstrom, II Lichtstrom für gewerbliche Unternehmen, III Großabnehmer), Price (Pfa. für die kWh), and Notes. Includes sub-categories like Grundpreis and Verbrauch.

Die erhöhten Preise treten in Kraft für den Verbrauch vom 1. Oktober 1920. Leipzig, am 3. November 1920. B. A. 345 C. Der Rat der Stadt Leipzig.

Allgemeine Ortskrankenkasse Leipzig-Land.

Die Geschäftstürme bleiben am 9. November 1920 geschlossen. August Böhle, Vorsitzender.

Markranstädt.

Für die Landtagswahl am 14. November 1920 ist die Stadt Markranstädt in 4 Wahlbezirke eingeteilt worden:

- 1. Bezirk: Nr. 1006. Wahllokal: Gastwirtschaft zum Thüringer Hof. Wahlvorsteher: Stadtverordneter-Vorsteher Paul Hübner. Stellvertreter: Wäcker Artur Runemann. Wähler: Alle wahlberechtigten Personen, deren Familienname mit einem der Buchstaben A bis G beginnt. 2. Bezirk: Nr. 1007. Wahllokal: Turnhalle des Turnvereins gegründet 1881 an der Parkstraße. Wahlvorsteher: Stadtrat Dostar Meißner. Stellvertreter: Modellstecher Georg Müller. Wähler: Alle wahlberechtigten Personen, deren Familienname mit einem der Buchstaben H bis K beginnt. 3. Bezirk: Nr. 1008. Wahllokal: Turnhalle der Bürgerschule an der Parkstraße. Wahlvorsteher: Bezirks-Schornsteinfegermeister Karl Dübener. Stellvertreter: Stadtverordneter Franz Hoffmann. Wähler: Alle Wahlberechtigten mit den Anfangsbuchstaben L bis R. 4. Bezirk: Nr. 1009. Wahllokal: Turnhalle der Freien Turnerschaft an der Kraufener Straße. Wahlvorsteher: Stadtverordneter Richard Ludwig. Stellvertreter: Zimmermann Max Beder. Wähler: Alle Wahlberechtigten mit den Anfangsbuchstaben S bis Z. Die Ausübung der Wahl hat in der Zeit zwischen 9 Uhr vormittags und 7 Uhr nachmittags stattzufinden. Die Parteien können Stimmzettel zur Ausfüllung in den Wahllokalen mit entsprechenden

Plakaten bis zum 11. November dieses Jahres bei der unterzeichneten Behörde einreichen. Markranstädt, den 1. November 1920. Der Stadtrat. Der Bürgermeister. Schirmer.

Der Verkauf von neuen Infanterie-Stiefeln und Verahshuen erfolgt Sonnabend, den 6. November 1920, von nachmittags 2 Uhr an im hiesigen Stadthaus, Markt 41. Der Stadtrat (Beleidigungsstelle).

Zwenkau.

Sonntag, den 14. November 1920, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 7 Uhr, finden die Landtagswahlen statt. Die Stadt Zwenkau wird in zwei Wahlbezirke geteilt, die durch die Leipziger Straße und den Großdeubener Weg voneinander getrennt werden. Wahlräume sind:

- 1. der Goldene Adler für alle östlich der Leipziger Straße und südlich des Großdeubener Weges, 2. der Ratofelder für alle westlich der Leipziger Straße und nördlich des Großdeubener Weges wohnhaften Wähler. Wahlvorsteher sind im 1. Wahlbezirk Stadtrat Schmalz, im 2. Wahlbezirk Stadtrat Schaaf, Stellvertreter der Wahlvorsteher sind Stadtrat Vogge im 1. und Stadtrat Staake im 2. Bezirk. Zwenkau, am 2. November 1920. Der Bürgermeister.

Eier jede Menge, das Stück 2 Mk., im Rathaus. Sparkasse Wahren. Geschäftszeit von 8 bis 12 Uhr.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt: Zigarren-Heimarbeiterin, welche selbst Formen hat, gesucht. Schnhwaren: solide u. elegant kauf. Sie bei Christian Eichel. Mil.-Schnürschuhe billig zu verkaufen.

Wollwaren: Pelz-Joppen neu, verkauft billig. Gestrickte Herren-Jacken für Berufs-Kleidung. F. B. Eulitz, Grimmaische-Str. 30.

Lehr. Wollwaren-Garn. Sie kaufen wieder, Kollin u. Herrenstoffe zu Fabrik-Preisen. Pelz-Joppen neu, verkauft billig.

Felle-Einkauf. Ich bin nach wie vor Käufer für alle Sorten roher Felle und Felle zu höchsten Tagespreisen. Albin Wagner, Querstr. 27. Obergarn, 1000-m und Reithosen, billig abzugeben.

Enorm billige Gelegenheitskäufe in Damen-Wintermänteln. Damen-Paletot 225.00. Damen-Paletot 275.00. Backfisch-Kleid 165.00. Damen-Kleid 295.00. Farb.Strickjacken 325.00. Gebr. Hirschfeld, Spezialhaus für Damenmoden Leipzig, Petersstr. 40-42.

Damen-Wintermänteln. Damen-Paletot 225.00. Damen-Paletot 275.00. Backfisch-Kleid 165.00. Damen-Kleid 295.00. Farb.Strickjacken 325.00. Gebr. Hirschfeld, Spezialhaus für Damenmoden Leipzig, Petersstr. 40-42.

Gestrickte Herren-Jacken für Berufs-Kleidung. F. B. Eulitz, Grimmaische-Str. 30. Fein wollene Herren-Wests, zum Unterziehen geeignet, ohne Taschen, grau-mollert 41,75. Berufs-Wests, mit Stehbündchen, doppelseitig grau 48,50.

Massage-Unterricht. Am 15. 11. beginnt ein neuer Abend-Kursus. Anmelddunen täglich: Institut B. Schubert, Humboldtstraße 5. Massagen. in und außer dem Hause, Schmidt Nachf., Weißstr. 63, II. Pflegemutter wird für einen kleinen Knaben gesucht.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Wähler-Versammlungen

Donnerstag, den 4. November, abends 7/8 Uhr

Hänichen, Gasthof Kühn. Referent: Genosse August Bühle.
L.-Kleinmischer, Reichsverweser. Referent: Genosse Hermann Liebmann.
L.-Möckern, Goldene Krone, Frauenversammlung. Referentin: Genossin Thümmel, Dresden.
Böhlisch-Ehrenberg, Große Eiche, Frauenversammlung. Ref.: Gen. Bertha Thiel.
Marxstädt, Gute Quelle. Referent: Genosse Heinrich Wuttke.

Freitag, den 5. November 1920, abends 7/8 Uhr

Großschöcher, Trompeter, Frauenversammlung. Referentin: Gen. Bertha Thiel.
Baunsdorf, Gutsparl, Frauenversammlung. Referentin: Gen. Thümmel-Dresden.
L.-Gohlis, Neuer Gasthof. Referent: Genosse Artur Dennhardt.

Taucha, Goldener Löwe. Referent: Genosse Paul Plotke.
 Die Versammlung findet im gut gebelagerten kleinen Saale statt.
Lindenthal, Deutsches Haus. Referent: Genosse Otto Nöblich.
Thella, Gasthof. Referent: Genosse Karl Ryssel.

Sonnabend, den 6. November, abends 7/8 Uhr

Liebertwoltz, Schwarzes Koh. Referent: Genosse Aderhold, Hannover.
Döhlisch, Gasthof. Referent: Genosse Emil Krahnert.
Döhlisch, Döhlen, Rüssen, Al.-Storkwitz, Gasthof zu Rüssen. Referent: Genosse Dennhardt.
Schönau, Alter Gasthof. Referent: Genosse Wuttke.

Knautzleeberg, Gasthof am Park Knauthain, Frauenversammlung. Referentin: Genossin Thümmel, Dresden.
Seebenisch, Kulkwitz, Görnick, Gasthof zu Görnick. Referent: Genosse A. Tünger.

Die bevorstehende Landtagswahl.

Zahlreichen Besuch erwartet
Der Hauptvorstand.
Schönefeld. Die Bibliothek wird am Freitag, dem 5. November, wieder geöffnet. Ausleihezeit ist wie bisher 6-11 Uhr. Jeder Leser hat einen Katalog zu entnehmen zum Preise von 1.50 Mk. und außerdem 1.-Mk. Einlage zu hinterlegen. Mitgliedsbuch ist bei erstmaliger Entleiherung vorzulegen.
Holzhausen-Zudershausen. Freitag, 5. Nov., abds. 8 Uhr, treffen sich alle Parteigenossen und Funktionäre, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, bei Wähler-Bücherei Parteiangelegenheiten. Um zahlreichen Erscheinen eruchtet
Der Vorstand.
Paßsch. Heute Donnerstag, den 4. November, abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthof Wippler. Zutritt haben nur Mitglieder, welche sich durch Mitgliedsbuch ausweisen und auf dem Boden der Resolution Crispin-Debebour stehen. Er. keinen aller ist Pflicht.
Der Vorstand.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

L.-Gutritsch. Turnverein Vorwärts. Freitag, den 5. November, abends Punkt 8 Uhr Mitglieder-Versammlung im Lindenhof. Gute Beteiligung erwartet
Der Turnrat.

L.-Gohlis. Turnverein L.-Nord. Sonnabend, den 6. November, von abends 6 Uhr an Gemütliches Beisammensein im Rikau-Ausgang. - Zahlreiche Beteiligungen aller Mitglieder mit ihren Angehörigen wird erwartet. D. T.

L.-Dittvorstadt. Turnverein. Sonnabend, den 6. November, abends 7 Uhr. Vereins-Versammlung im Sophienhöfchen. Reulshöfchen Konradstr. Wichtige Tagesordnung. Mühtliches Erscheinen aller wird erwartet. D. T.

Wachtung, Arbeiterportler! Sonnabend, 6. November Grobes Herbstvergnügen im Volkshaus (großer Saal). Einlass 6 Uhr, Anfang 7 Uhr Fußball-Abteilung Sparte.

Radsfahrer-Bund Solidarität

Abt. Ost. Sonnabend, 6. November, im Etablissement Drei Mören Grobes Herbstfest mit sportlichen Darbietungen. Anfang 6 Uhr. - Um gütige Unterstützung bittet
Der Vorstand.

Turnerbund Stötteritz

Sonntag, den 7. November, nachm. 4 Uhr:
Herbstvergnügen mit Ball
 im Bergpark (Brauereigarten Stötteritz)
 Programme im Vorverkauf 1.20 an der Kasse 1.50 Mk.
 Am selben Tage 1/2 und 1/3 Uhr auf unserm Sportplatz an der Oststraße 2 erstklassige Fußballwettkämpfe

Licht- und Naturheilverfahren
F. H. Geißler
 Blutreinigungskuren, Sonnt. Behandlung. Vorausgehende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nachprüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12-3-5, Pfaffenfurter Str. 14.

Paul Baumann
Fischwaren-Groß-Handlung
 Tel. 14122 Windmühlenstr. 42

Grosse Spezial-Tage für blutfrische Grüne Heringe

Prima Schottenware

Pfund 2.70 Mk. 3 Pfund 8.00 Mk.

Prima Goldbarsch Pfd. 2.90 Mk.
 Felno Bratzungen Pfd. 2.75 Mk.
 Frische Scheifische, Seelachs o. K. Pfd. 2.90 Mk.

Prima Salzheringe
 Pfund 1.25 Mk. 3 Pfund 3.50 Mk.

Prima Vollheringe
 Pfund von 1.50 Mk. an

Große Zufuhren in Räucherwaren und Fischmarinaden zu billigsten Preisen.

Freitag früh frisch!

Grüne Heringe Pfund 2.60

Beste Ware.

Grosse Auswahl in Seefischen

Vollbücklinge

Für Wiederverkäufer
 Bratheringe, 8-Ltr.-Dose Mk. 38.-
 Salzheringe in Tonnen, sehr preiswert!

Nordsee Reichsstr. Nr. 25.

Kellermanns Haarbalsam
 gegen Haarausfall, Schuppen, dünnes Haar
 Mk. 8.50 per Flasche ein vorzügliches Mittel
 Stadtverkauf: Bayerischer Platz, Ecke Nürnbergstr.

Die Verbände
 Verband der Brauerei- u. Mühlenarb. u. verw. Berufsgen., Zahlst. Leipzig
 Verband der Bäcker u. Konditoren u. verw. Berufsgen., Zahlstelle Leipzig
 Verband der Fleischer und verwandter Berufsgenossen, Zahlstelle Leipzig

gemeinschaftlichen Versammlung

Die Aufgaben der Gewerkschaften auf nationalem u. internationalem Gebiet

Referent: **J. Schifferstein**, Schweiz
 Sekretär des internationalen Verbandes für Lebens- und Genusmittel.
 Wir erwarten von den Mitgliedern obiger Verbände, daß zu dieser Versammlung für einen vollständigen Besuch Sorge getragen wird. Diese Versammlung ist für alle Kollegen und Kolleginnen sehr wichtig.
 Eine weitere Einladung erfolgt nicht. Bitte lesen und weitergeben.
 Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzulegen.
Für die Brauereiarbeiter. Für die Bäcker. Für die Fleischer.
 D. Wille. B. Heinde.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig
 Bureau: Gerberstraße 1. II. (Hotel Victoria), Zimmer 21. Telefon 3426.
 Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr. Sonnabends 9-2 Uhr.
 Arbeitsnachweis Mühlengasse 26 S. II. Tel. 817 geöffnet 8-4. Sonnabends 8-3 Uhr.

Arbeiter und Arbeiterinnen im Rohproduktenghandel
 Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr. Versammlung im Volkshaus, Café links. Tagesordnung: 1. Der Verlauf unserer Lohnbewegung. 2. Gewerkschaftliches.

Mitglieder-Versammlung im Bezirk 8 für die Stadtteile Neudöb. Neureudöb., Thonberg, Anger, Stötteritz, Broßhelsda am Freitag, dem 5. November, abends 7 Uhr. im Gasthof Neureudöb., Stötteritzer Straße 7. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Gewerkschaften jetzt und in der Zukunft. Redner: Kollege W. Streicher. 2. Aussprache. 3. Wahl einer Bezirksleitung.

Ortsverein L.-Ost.

Die Bibliothek
 wird Sonntag, den 7. November wieder geöffnet. Ausgabe für Erwachsene Sonntags vorm. von 11-12 und Mittwochs abends von 7-8 Uhr; für Kinder Mittwochs nachmittags von 2-3 Uhr.
 Bei Entnahme von Büchern ist das Mitgliedsbuch, in dem die unterschriebene Erklärung über die Zugänglichkeit zur U. S. P. D. (Richtung Crispin-Debebour) eingelebt sein muß, vorzulegen.

So vorteilhaft billig kaufen Sie bei uns!

Aus neu heringekommenen Fabriksendungen:

Damen-Spangenschuh (schöne Form, beste Vorarbeit, Lederfutter) Mk.	78	Herrenstiefel mit Schnallen und zum Schließen, sehr dauerhaft Mk.	125
Damen-Schnürschuh (aus Lackkappe, dauerhaft und elegant) Mk.	85	Herrenstiefel kräftiger Bindbox, mit extra starkem Lederboden Mk.	148
Damenstiefel (Mittelhoch, damenh. Winterstiefel aus best. Boxleder) Mk.	98	Herrenstiefel braun Rindleder, hervorragend. Strapazierstiefel Mk.	168
Damenstiefel (aus fein. weich. Leder, sehr elegante kurze Form) Mk.	164	Herrenstiefel edel Boxkalf, sohlend. und vornehmer Straßenstiefel Mk.	178

Dauerhafte Kinderstiefel
 Größe 23/24 Größe 25/26
 44.- 49.-

Dauerhafte Kinderstiefel
 Größe 27/28 Größe 31/32
 78.- 85.-

Warme, mollige
Kamelhaar- u. Filzschuhwaren
Liebermann & Co.
 Reichsstr. 4-6 (Specks Hof)
 Eisenbahnstr. 55

Uhren
 Ketten, Schmucksachen
 Größte Auswahl. Billigste Preise.
Gustav Kaniss
 6 Tauchaer Strasse 6

Habe mich in **L.-Lindenu, Wielandstr. 12.** als prakt. Arzt niedergelassen.
 Sprechzeit: Werktags 9-10 Uhr und 1/2-4 Uhr. Fernrufbekanntgabe folgt noch.

Dr. Günther
 Familien-Rachrichten

Am 2. November, abends 1/2 7 Uhr, starb nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau
Johanne Louise Bleske geb. Rothe
 Dies zeigt tiefbetrübt an
Der trauernde Gatte Heinz Bleske.

Neues Theater.

Donnerstag, den 4. November 1920
4. Uraufführung von **Martha oder: Der Markt zu Richmond.**
Witzvolle Leistung: Albert Grottel.
Wahlleistung: Georg Marion.
Besetzung: ...

Altes Theater.

Donnerstag, den 4. November 1920
Pygmalion.
Aufspiel in 5 Akten von Bernard Shaw.
Besetzung: ...

Leipziger Volksbühne.

Freitag, den 5. November, abends 7 Uhr, Serie 5
Mein Leopold.

Theater in der Eisterstraße 42, Kammerspiele.

Gastspiel des Berliner Residenztheaters
Seute 7 1/2 Uhr
Der große Erfolg:
Die Freundin.

Krystall-Palast

Täglich abends 8 Uhr:
Grosse internationale Ringkampf-Konkurrenz.
Vorher:
Glänzender Varieté-Spielplan.

Bollenberg

Varieté. Täglich abends 8 Uhr:
Der grosse **Paul Beckers-Schlager:**
Fliegentütchenhelms Glück
Theater. Abends 8 Uhr:
„Der Weg zur Schande“
Lobensbild v. Fr. Kroneck und P. Wolfgang.
Morgen: „Der Weg zur Schande.“

Drei Linden

Monat November 1920.
Täglich abends 8 Uhr
Der exotische Varieté-Spielplan
10 Welt-Attraktionen.
3 Yu-Ki-Tos
Syda-Arras-Westa
Cuena Tavéra
Hamilton
Ralla & Memphis
4 Paramatas
Elise u. Willie Blessing
Carl Braun
2 Ferdwils
Hensel & Hagen

Weinpalast Eden

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902.
Täglich Moderne Tanaufführungen

Gasthof Neustadt Großer Eliteball

Morgen Freitag, ab 7 1/2 Uhr an
Neues Ballettmeister. — Tanz frei.
Nachtkabarett
Gansstraße 18
Abendlich 7 1/2 Uhr
Erstklassige
Kabarett-Darbietungen

Holzschuh- und Panoloffelabrikt Rost-Dorn

Spezialität:
Echt Lederhandschuhe mit Holzsohle
Holzschuh-Resohlung
Holzschuh- und Panoloffelabrikt.
Beste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.
Verkaufs- u. Annahmestellen:
Hauptgeschäft: ...

Sport-Zigaretten

M. 218.— per 1000
M. Glaser, Leipzig 3
Katharinenstr. 17
Fernsprecher 3918

Metallbetten

Stahlrohmatr., Rindbett, Polster an jedem, Katalog frei
Umgepreßt
werden Herren- und Damen-Süte bei
Richard Schulze
Pl. Merleburg Str.,
Ecke Kurellenstraße.

Haut-, Geschlechts- u. Nervenkrankheiten

u. Nervenkrankheiten behandelt.
Dr. med. Dr. phil. Dr. jur.
Prof. Dr. med. Dr. phil. Dr. jur.
Dr. med. Dr. phil. Dr. jur.
Dr. med. Dr. phil. Dr. jur.

Achtung, Schuhmacher!

Bodenleder
Schuhbodenartikel
sowie sämtliche
Rein- und Oberlederarbeiten
bietet
Riedel, Lederhandlung
Leipzig, A., Capellenstraße 4.
Habe einen Vorrat
Kinder-Schmitten
solange Vorrat reicht, abzug.
Billa 20—Hörm 10, v. 5—8, v.
Biedendach, Ruchengartenstr. 8.

Hausgemachte Wurst

Selbstgebr. Schinkenwurst und
alle anderen Lebensmittel
billig bei
Wolfgang, Rabel 34
Stelle v. morg.
Freitag früh 8.
nachm. 1. Kronen-
post hannover.
Pulverdreine.
Iow. prima Wurstwaren im
Gasthof v. Adler, Schützenstr. 11.
Bestauf. Grotte & Morgenstr.

Achtung! Billige Knad- u. Mettwurst

bei Abnahme von 10 Pfd.
Wd. Markt 15.—
Kurt Schmeißer, Fleisch-
meister, Großdeuben
Verntuf Amt Gaischwitz 155.

Neues Operetten-Theater.

Donnerstag, den 4. November 1920
Der **Koboldkammer.**
Operette in 3 Akten von ...
Besetzung: ...

Leipziger Schauspielhaus.

Donnerstag, den 4. November 1920
Kater Lampe.
Komödie in 4 Akten von Emil Rosenow.
Besetzung: ...

Ballhaus Goldner Helm

Morgen Freitag, ab 7 1/2 Uhr
Wiener Walzer- u. Operetten-Abend.

Tanzschule des Westens

Lehrkraft: Zum Müller, Schleichg. Bahnstr. 2
A. Kurze.
Am 5. November: Beginn
neuer Anfänger-Kirkel.
Werte Anmeldung, da! od. Lindenau, Carlstr. 42.

Gasthof Stünz

Strassenbahn 3 und 8
Morgen Freitag ab 7 Uhr:
II. großer Damenball
Abwechslend Damen- u. Herrenpaarment.
Ertklassige Wiener Musik. Eintritt 2,50 Mk. Tanz frei.
Sonntag: Große Kirmes-Feier.

Westend-Hallen, Plagwitz

Morgen Freitag, abends 7 Uhr
Großer Kirmes-Ball.
Sonntag, 7. Nov., nachm. 4 Uhr: Humor-Sänger.

Uraufführung Heute Donnerstag Uraufführung für Sachsen!
das seit Monaten mit größter Spannung erwartete
Sitten-Monumental-Filmwerk
Das Mädchen aus der Ackerstraße
II. Teil
Sitten-Drama aus Berlin-N.
Akte 7 Akte
Bereitet nach dem gleichnamigen Roman des bekannten Leipziger Schriftsteller **Ernst Friedrich**
Der Roman erschien im Verlage von **Wilh. Hartung Leipzig**
In Anbetracht des zu erwartenden außergewöhnlich großen Zuspruches beginnen die **Nachmittagsvorstellungen schon um 3 Uhr.**
Kassenöffnung 2 1/2 Uhr
Großes Orchester ab 3 Uhr
Kammer-Lichtspiele
Am Königsplatz Windmühlenstraße 7 Am Königsplatz
Hauptdarsteller:
Lilly Flohr
Reinh. Schünzel
Kurt Middendorf
Leonhard Haskel
Ferry Sikla
sowie weitere erste Künstler namhafter Berliner Bühnen.

Es soll...? Nein... es ist!!!
Ein Schlager-Programm
Alt-Leipzig
Windmühlenstraße 11-13
Täglich 8 Uhr
Vorverkauf 11-1 Uhr im Kontor!

Astoria

Windmühlenstr. 31 Fernruf 18195/96
Morgen Freitag, 5. November
 Uraufführung für Mitteldeutschland

Anna Karenina

Großes Film-Drama in 6 Akten nach dem in Hunderttausenden vertriebenen Roman von

Leo Tolstoi

In der Hauptrolle: **Lya Mara, Heinrich Peck, Johannes Riemann**

Nur noch heute: **Hella Lottner** in „Das Rätsel im Menschen“.

Leo Tolstoi, der große russische Philosoph und Schriftsteller, verstand es, tief in die innersten Gemüther des menschlichen Herzens zu leuchten. In seinem Roman „Anna Karenina“ zeigt er uns eine Frau, schön, reich, von ihrem Gatten abgöttisch geliebt, Mutter eines reizenden Söhnchens. Es ist eine jener Wesen, welche wie der Volksmund sagt, „den Himmel bereits auf Erden haben“. Und dennoch kommt für sie die Stunde, wo sie das Kind und den Gatten verliert, um einem Menschen nachzufolgen, der der Größe ihres Opfers nicht wert ist.

Colosseum

Roßplatz 12-13 Fernr. 18195/97

Ab morgen Freitag: Großes Doppelprogramm!

Bruno Kastner

Im Drama in 6 Akten:
Der letzte Sonnensohn.
 Weitere Mitwirkende: Ria Jende, Max Laurence, Leop. v. Ledebour.

Sinnerausch

Ergreifendes Sittendrama in 5 Akt. mit Lissy Lind, Wilh. Diegelmann, Max Laurence.

Nur noch heute: **Der Meistorschuß.**

Aus dem Anfang der Handlung sei erwähnt: Hoang Lien, ein mit europäischen Sitten vertraut, hoher chinesischer Würdenträger, wird in geheimer Mission nach Europa geschickt. Auf dem Schiff macht er die Bekanntschaft der Gräfin Allice Marsenne und wird von dieser einer Kokette und für alles Exotische sehr empfänglich. Dame, stark bevorzugt. Anfänglich verschließt er sich ihr gegenüber, eingedenk seiner ihm gestellten Aufgabe, unterliegt aber doch anlässlich einer Schiffsankunft ihren Verführungskünsten.

Universum

Roßplatz 6 (Café Bauer) Fernr. 18195/96

Morgen Freitag, 5. November

Erstaufführung!

Der Abenteuerfilm in 6 Akten:

Der gelbe Diplomat

mit den Hauptdarstellern: **Friedrich Zelnik, Hermann Vallentin, Käthe Haack**

Nur noch heute: **Lotte Neumann.**

Albertgarten

Größtes und schönstes Konzert- und Ballhaus
 L.-Anger. — Strassenbahn 20 und 21.
 Morgen Freitag, ab 7 Uhr

Grosses Elite-Ball-Fest.

Das berühmte Rodecke-Orchester in neuer Besetzung. — Die allerneuesten Tanzschlager.

ALBERTGARTEN.

Freitag und Sonnabend 7 Uhr, Sonntag 3 und 7 Uhr:

◆ Grosses Preis-Skaten. ◆

Preise: 1 Gans, 1 Hahn und 1 Ente.

Pantheon

Dresden Str. 30 Fernspr. 16957

Freitag u. Sonntag **Große Ball-Feste.**

Papiermühle, Stötteritz

Straßenbahnlinie 5, 6, 18
 Telefon 8281

Morgen **VII. großer Volksball**
 Freitag: **Tanz frei! Achtung! Tanz frei!**
 Sonntag: **Große Hauskirmes**
 ff. Kuchen, Gänse und Saftbraten.
 Urfrideler Kirmesbetrieb!

Reiterball

L.-Döllitz, Straßenb. 12
 morgen Freitag

Terrasse

L.-Kleinzschocher
 Telefon 40684.

Freitag 7 Uhr
 Sonntag 5 Uhr **Große Ballfeste.**

Kasino Lichtspiele

Neumarckt. Fernruf 19990.

Ab morgen Freitag:
Liebe, Treue und Ehre
 nach dem Roman von Luise Droop
„Das Fest der schwarzen Tulpe“
 7 Akte mit Carl de Vogt. 7 Akte
 Heute letzter Tag:
Die verbotene Stadt
 (Die Jagd nach dem Tode)
 5 Akte mit Hils Chrisander.
Verbrechen u. Liebe
 5 Akte mit Arwin Neuss.

Wochentags 4, 6½ u. 8 Uhr.

ff. Leder-Ausschnitt

empfeht
Lederhandlung Heinrich Berthold
 Leipzig, Nikolaistraße 20—26.

Herrenstoffe

in guten Qualitäten zu besonders billigen Preisen. Günstigste Bezugsquelle für Händler.
Gold, Kofentalgasse 2, Aufg. B, II.



CABIRIA

Der grosse Monumental-Pracht-Sensationfilm
 gelangt ab morgen Freitag zugleich in den
Lichtspielen Alberthalle (Krystall-Palast)
Königs-Pavillon (Promenadenstrasse 9)
 und im
Welt-Theater, Barfüßergasse (Am Markt)
 zur Aufführung

Beachten Sie bitte die morgen Freitag erscheinenden Anzeigen!

Licht-UT. Spiele

Hainstr. 19 Fernspr. 3187

Ab morgen Freitag: **Nur für Erwachsene!**

Uraufführung für Mittel-Deutschland!
Der Sturz in die Flammen
 Der gewaltigste Sensations-Film! Die größte Zirkus-Attraktion!

7 gewaltige Akte



Ein Ensemble nur allererster Kräfte
Maria Zelenka
Ida Pery
E. v. Winterstein
W. Kaiser
Erich Kaiser-Titz
 und andere bieten Gewähr für vollwertige Leistungen

Heute letzter Tag: **„Entblätterte Blüten“** Sitten-Roman in 6 Akten

Einlaß 3.30 Anfang 4 Uhr

Kaufgejuche

Kupfer :: Blei
Messing :: Zinn
 kauft Höhe-Paul
 Turnerstraße 13

Gold

Silber // Pintwaren
 Quecksilber
 Kupfer // Messing
 Zinn/Zink/Rotguld
 Blei/Bronze
 kaufen

Schuster & Heide
 Bayerische Str. 33, 2b.

Achtung! Hausfrauen!

Kaufe
 Zeitungen u. Bücher
 Mosch u. Lampen
 Wolle u. Tibet
 Alteisen u. Knochen
 Sämtliche Metalle
 Rot- und Weißweins
 soyle Sektklaschen
 Dünn-Milchflaschen

R. Pabler jr.
 Tel. 60378 Bogislavstr. 16
 L.-Volkmarsdorf
 Straße u. Nummer achten!

Zeitungen Bücher

Lumpen, Altmetalle
 kauft
Salberg & Klum
 Lindenau, Demmeringstr. 9
 Ladeneingang

Felle

Salen, Kanin, Ziegen, Raben
 Raib, Hind und Wildware
Schafwolle
 kauft laufend a. Tagespreisen
Antonszentrale Weigler
 Zimmerstr. 5, a. Dorotheenpl.

Kaninfelle
 kauft B. Krause,
 Leips.-Lindenau
 Bureaustr. 12.

Häute und Felle

aller Art kauft
Palzhaus J. Knohlauch
 Blauenische Str. 11, Hof.

Felle
 aller Art u. jedes Quantum
Schafwolle
 kauft laufend
Kern Nordstraße 26
 Brühl 66, III
 Komme auch nach auswärt.
 Telefon 4768.

Kanin, Salen, Ziegen
 u. alle and. Felle kauft Heider,
 Hainstr. 29, II, Tel. 60029 u.
 Eisenbahnstr. 69 (Laden).

FELLE

Schafwolle kauft Saub.
 im Durchg. Katharinenstr. 13.
 „Sunte Bühne“.

Kanin, Salen, Ziegen ujm.
Felle
 kauft die Rauchwarenfirma
Rabinowicz & Co.
 Nikolaitr. 28/32, II, Tel. 3169
 Nicht in den Laden gehen!

HAMSTER
 kauft fortlaufend
Wilhelm Häbe :: Leipzig
 Richard-Wagner-Straße 4
Felle aller Art
 kauft v. Händlern u. Privat
 S. Aron, Leipzig
 Brühl 45 ot. Tel. 8546.